

Direkte Demokratie in den US-Gliedstaaten in den Jahren 2010 und 2011 – Ein Überblick

Hermann K. Heußner*

A. Allgemeiner Überblick

In der Regel finden in den meisten US-Gliedstaaten Volksabstimmungen alle zwei Jahre zusammen mit den allgemeinen Wahlen statt. 2010 war ein solcher Regeltermin. In „ungeraden Jahren“ finden Volksabstimmungen nur in relativ wenigen Staaten statt, so auch 2011. Im Folgenden werden die Jahre 2010 und 2011 gemeinsam behandelt.

2010 gab es in 37 US-Gliedstaaten insgesamt 184 Volksabstimmungen. 162 Abstimmungen standen am 2. November anlässlich der *General Elections* auf dem Stimmzettel, 22 fanden zusammen mit Vorwahlen (*Primary Elections*) bzw. an speziell angesetzten Terminen (*Special Elections*) statt.¹ Von allen Abstimmungen waren 46 Initiativen, vier fakultative Referenden, 106 Verfassungsreferenden und 28 sonstige Entscheide.² Letztgenannte waren elf Gesetzesvorlagen, elf Referenden über Staatsanleihen, die alle Zustimmung fanden, zwei über die Frage, ob zweckbestimmte Einnahmen in das allgemeine Staatsbudget überführt werden dürfen, und vier periodische Fragen zur Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung, die alle verneint wurden.³ Die Vorlagen hatten insgesamt eine Erfolgsrate von 64,1%. Die Verfassungsreferenden waren zu 74,5% erfolgreich.⁴

* Der Beitrag schließt an H.K. Heußner, Direkte Demokratie in den US-Gliedstaaten im Jahr 2009 – Ein Überblick, in: L.P. Feld u.a. (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2010, 2011, S. 159 ff., an. In H.K. Heußner, Direkte Demokratie in den US-Gliedstaaten im Jahr 2008, in: L.P. Feld u.a., Jahrbuch für direkte Demokratie 2009, 2010, S. 167 ff. finden sich allgemeine Informationen zu direkter Demokratie und Volksgesetzgebung in den USA. Eine ausführliche Darstellung der direkten Demokratie in Kalifornien findet sich in H.K. Heußner, Die Krise Kaliforniens – Die Schuld der direkten Demokratie?, in: L.P. Feld u.a. (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2011, 2012, S. 175 ff. – Ich danke Frau Anja Thiebach, B.A., für wertvolle Hilfe bei Recherchearbeiten.

1 J.G. Matsusaka, 2010 Ballot Propositions, in: The Council of State Governments (Hrsg.), The Book of the States, Bd. 43, 2011, S. 246 ff., Table B.

2 Anhang, Tabelle 1.

3 Anhang, Tabelle 1 und dort Fn. 3.

4 Anhang, Tabelle 1.

2011 kam es in neun Staaten zu insgesamt 34 Volksentscheiden.⁵ Zehn waren Initiativen, zwei fakultative Referenden, 21 Verfassungsreferenden und einer ein Referendum über Staatsanleihen.⁶ Die Vorlagen hatten insgesamt eine Erfolgsrate von 67,6%. Die Verfassungsreferenden waren zu 71,4% erfolgreich.⁷

B. Volksgesetzgebung

Mit 46 Initiativen war die Nutzung direkter Gesetzgebung 2010 die niedrigste seit einem Vierteljahrhundert. Seit 1986, als lediglich 42 Initiativen auf dem Stimmzettel standen, waren es in jedem „geraden Jahr“ deutlich mehr. Es bleibt abzuwarten, ob sich darin ein neuer Trend abnehmender Volksgesetzgebungs-nutzung ankündigt, nachdem diese seit 1978 stetig zugenommen hatte.⁸ 2011 waren es zehn Initiativen gegenüber sechs im Jahr 2009.

Insgesamt bezogen sich 2010 29 Initiativen auf einfache Gesetze und 17 auf Verfassungsänderungen. Die Gesetzesinitiativen waren zu 37,9%, die Verfas-sungsinitiativen zu 52,9% erfolgreich. 2011 waren es sechs Gesetzesinitiativen und vier Verfassungsinitiativen. Sie waren zu 33,3% bzw. 75% erfolgreich.⁹ Es zeigt sich wieder deutlich die Attraktivität der Verfassungsinitiative und deren sehr liberale Ausgestaltung in den US-Gliedstaaten.¹⁰ Insgesamt wurden die Initiative zu 43,5% (2010) bzw. 50% (2011) bzw. 44,6% (2010/2011) gebilligt. Dies entspricht in etwa dem langjährigen Trend von 41%. Ebenso sahen die BürgerInnen Initiativen weiterhin wesentlich kritischer als Vorlagen des Parlaments im Verfassungsreferendum. Und auch die meisten Initiativen gab es 2010 wieder in Kalifornien mit elf, gefolgt von Colorado und Washington mit jeweils sechs sowie Oregon mit vier.¹¹ Die Abstimmungsbeteiligung bei Initiativen war relativ gut, jedenfalls bezogen auf Kalifornien. Denn bei den dortigen neun Volksent-scheiden über Initiativen, die zusammen mit den allgemeinen Wahlen am 2. No-vember abgehalten wurden, beteiligten sich zwischen 89,2% (*Proposition 27*) und 96,7% (*Proposition 19*) aller Bürger, die an die Urnen gegangen waren. An der Wahl zur *State Assembly*, dem unteren Haus des Parlaments, nahmen 91,6%

5 Anhang, Tabelle 2.

6 Anhang, Tabelle 2.

7 Anhang, Tabelle 2.

8 Matsusaka, Ballot (Fn. 1), S. 241; *Initiative and Referendum Institute (IRI)*, Initiative Use, September 2012, [http://www.iandrinstitute.org/IRI%20Initiative%20Use%20\(2012-1\).pdf](http://www.iandrinstitute.org/IRI%20Initiative%20Use%20(2012-1).pdf) (18.1.2013).

9 Anhang, Tabelle 2.

10 Vgl. näher Heußner, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 174.

11 Vgl. *Initiative and Referendum Institute*, Ballotwatch, 2010, No. 2. November, S. 1, [http://www.iandrinstitute.org/BW%202010-2%20Election%20Results%20\(11-6\).pdf](http://www.iandrinstitute.org/BW%202010-2%20Election%20Results%20(11-6).pdf) (18.1.2013); Heußner, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 167, 174.

teil. Fünf Initiativen hatten eine höhere Beteiligung als die Wahl zur *State Assembly*.¹²

C. Themen der Volksgesetzgebung

Thematisch lassen sich die 2010/2011 abgestimmten Initiativen und fakultativen Referenden – wie in der Vergangenheit – in elf Kategorien einteilen:¹³ Steuern/Finanzen/Haushalt, Wirtschaft/Verkehr/Arbeit/Konsumentenschutz, Staatsorganisation/Politischer Prozess, Bürgerrechte, Gesundheit/Soziales, Strafrecht/Kriminalität, Glücksspiel, Abtreibung/Stammzellforschung/Sterbehilfe, Bildung, Umwelt- und Tierschutz. In unterschiedlichem Umfang werden diese im Folgenden dargestellt.¹⁴ Eine Übersicht dieser Abstimmungen geordnet nach Staaten

12 Vgl. *California Secretary of State*, Statement of Vote, November 2, 2010, General Election, S. 3, 7, 73 ff., <http://www.sos.ca.gov/elections/sov/2010-general/complete-sov.pdf> (2.4.2013); eigene Berechnungen.

13 Vgl. Heußner, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 175 m.w.N.

14 Die den Ausführungen unter C.I.-XI. zugrunde liegenden Daten und Begebenheiten entstammen, soweit nicht besonders angegeben, der State Ballot Measures Database der *National Conference of State Legislatures (NCSL)*, <http://www.ncsl.org/default.aspx?tabid=16580>; dem Newsletter Ballotwatch No. 2 v. November 2010/6.11.2010 und No. 2 v. Dezember 2011 des *Initiative and Referendum Institute (IRI)*, [http://www.iandrinstitute.org/BW%202010-2%20Election%20Results%20\(11-6\).pdf](http://www.iandrinstitute.org/BW%202010-2%20Election%20Results%20(11-6).pdf), <http://www.iandrinstitute.org/BW%202011-2%20Election%20Results.pdf>; der Datenbank Follow the Money des *National Institute on Money in State Politics*, http://www.followthemoney.org/database/state_overview.phtml; der online-Enzyklopädie *Ballotpedia*, http://ballotpedia.org/wiki/index.php/Portal:Ballot_measures und den Voter Information Guides von *Alaska*: http://www.elections.alaska.gov/doc/bmp/2010/2010_prim bmp.pdf; *Arizona*: <http://www.azsos.gov/election/2010/Info/PubPamphlet/english/Prop203.htm>; *Colorado*: <http://www.colorado.gov/cs/Satellite?blobcol=urldata&blobheader=application%2Fpdf&blobkey=id&blobtable=MungoBlobs&blobwhere=1251658319927&ssbinary=true>; *Florida*: <http://election.on.dos.state.fl.us/publications/pdf/2010/2010ConstitutionalAmendments-EnglishOMIT379.pdf>; *Kalifornien*: <http://voterguide.sos.ca.gov/past/2010/primary/pdf/english/>; <http://voterguide.sos.ca.gov/past/2010/general/pdf/english/>; *Maine*: [http://www.maine.gov/sos/cec/elec/2010/nov-citizensguide.pdf](http://www.maine.gov/sos/cec/elec/citizensguide.pdf); <https://www.maine.gov/sos/cec/elec/2011/nov11citizensgui-de.pdf>; *Massachusetts*: http://www.sec.state.ma.us/ele/ele10/ballot_questions_10/IFV_2010.pdf; *Mississippi*: <http://www.sos.ms.gov/page.aspx?s=7&s1=1&s2=84>; *Missouri*: <http://www.sos.mo.gov/elections/2010ballot/>; *Montana*: http://sos.mt.gov/Elections/Archives/2010s/2010/2010_VIP.pdf; *Ohio*: <http://www.sos.state.oh.us/sos/upload/ballotboard/2011/2011IssuesReport.pdf>; *Oklahoma*: http://www.ok.gov/elections/documents/sq_gen10.pdf; *Oregon*: <http://oregonvotes.org/pages/history/archive/nov022010/gui-de/cover.html>; *South Dakota*: <http://sdssos.gov/content/html/electvoterpdfs/2010/2010BQPamphletandCover.pdf>; *Washington*: https://wei.sos.wa.gov/agency/osos/en/press_and_research/PreviousElections/Pages/default.aspx.

bieten im Anhang Tabelle 3 (2010) und Tabelle 4 (2011) mit Angaben zu Art der Vorlage, offizieller Bezeichnung, Thema und Abstimmungsergebnis.

I. Steuern/Finanzen/Haushalt

In dieser Rubrik kam es zu 18 Abstimmungen. Viele standen im Zeichen der Weltfinanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise. Darüber hinaus behandelten sechs weitere Vorlagen die öffentlichen Finanzen, der Schwerpunkt lag jedoch in anderen Themenfeldern. Sie werden in der jeweiligen Sachkategorie dargestellt.¹⁵

1. Steuersenkungen/Steuerverbote

Wie schon 2002 und 2008 kam es auch 2010 in *Massachusetts* zu einer radikalen Steuersenkungsinitiative.¹⁶ Mit *Question 3* sollte die vom Parlament 2009 beschlossene Erhöhung der Verkaufsteuer von 5% auf 6,25% nicht nur rückgängig gemacht, sondern auf 3% gesenkt werden. Die Abgeordneten hatten die Steuer angehoben, um die im Zuge der Finanzkrise einbrechenden Staatseinnahmen aufzufangen. Gleichzeitig wurde die Verkaufsteuerbefreiung von Alkoholika aufgehoben. Massachusetts rangierte damit unter den zehn US-Gliedstaaten mit den höchsten Verkaufsteuern.¹⁷ Wie bereits 2008 führte die libertäre *Carla Howell* die Initiatoren an, diesmal mit dem Komitee *Alliance To Roll Back Taxes*. Die Befürworter, die 271.000 Dollar mobilisierten, argumentierten, dass jeder Steuerzahler durchschnittlich 688 Dollar sparen werde, niedrigere Steuern zu mehr Arbeitsplätzen beitragen, die Nachbarstaaten niedrigere Steuern hätten und die Regierung gezwungen werden müsse, u.a. Verschwendungen, Bürokratie und überhöhte Pensionen für Staatsbedienstete abzubauen. Die Gegner waren den Initiatoren mit 4,8 Mio. Dollar Kampagnenmitteln „haushoch“ überlegen. Sie bildeten eine breite Koalition aus u.a. Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, der *Massachusetts Taxpayers Foundation* und Politikern, darunter der demokratische Gouverneur *Deval Patrick* und sein republikanischer Herausforderer *Charlie Baker*. Die Vorlage reiße ein zusätzliches Loch von 2,5 Mrd. Dollar in

15 Colorado: *Proposition 103*, Kalifornien: *Proposition 21*, Montana: *I-161*, Oklahoma: *State Question 744*, Oregon: *Measure 76*, Washington: *Initiative 1125*.

16 Näher *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 175 f.

17 Näher *M. Levenson*, Senate approves sales tax hike, Boston Globe v. 20.5.2009, http://www.boston.com/news/local/massachusetts/articles/2009/05/20/senate_approves_sales_tax_hike/ (5.11.2010); *M. Bebinger*, Patrick signs sales tax increase, sends back \$ 147M in vetoes, 90.9wbur, 29.6.2009, <http://www.wbur.org/2009/06/29/state-budget-2> (27.11.2011).

den Staatshaushalt. Dies führe zu weiteren Kürzungen bei den Ausgaben für Schulen und öffentliche Sicherheit. Die Zeitungsseditorials sprachen sich überwiegend gegen die Vorlage aus. In fünf Meinungsumfragen zwischen Februar und September waren kontinuierlich mehr Bürger für als gegen die Vorlage. In der Abstimmung am 2. November verlor sie jedoch mit 56,8% Nein-Stimmen.

Ebensowenig erfolgreich waren zwei radikale Steuersenkungsinitiativen in *Colorado*. *Initiative 101* wollte die staatliche Einkommensteuer von 4,63% auf 3,5% und weitere Steuern senken, *Amendment 60* die Grundsteuer herabsetzen. Dies hätte für private Haushalte zu jährlichen Steuerersparnissen zwischen ca. 300 und knapp 1.800 Dollar und für Grundstücksbesitzer zu jährlichen Ersparnissen von ca. 370 Dollar geführt. Gewerbetreibende hätten ca. 5.100 Dollar gespart. Unterstützer war das Komitee *Coloradans for Tax Reform*, das nur ca. 35.600 Dollar aufbringen konnte.¹⁸ Der Staat habe genug Einnahmen, er müsse nur wirtschaftlicher arbeiten. Je mehr Geld in den Händen der Bürger verbleibe, umso stärker wachse die Wirtschaft. Die Gegner, eine sehr breite Koalition, die sowohl Wirtschaft als auch Gewerkschaften sowie Demokraten und Republikaner umfasste, organisierten sich in insgesamt 16 Komitees, deren größtes *Coloradans for Responsible Government* war. Insgesamt brachten sie 8,5 Mio. Dollar auf. Die Vorlagen seien viel zu weitgehend, führten zu Arbeitsplatzverlusten und hinderten den Staat, für Sicherheit und Bildung zu sorgen. Die Zeitungsseditorials sprachen sich ebenso gegen die Initiativen aus. Diese verloren mit mageren 32,3% bzw. 24,5% Ja-Stimmen.

Niederlagen mussten Steuerenserker auch in *Oregon* einstecken. Dort stellten die fakultativen Referenden *Measure 66* und *Measure 67* Steuererhöhungen für Reiche zur Abstimmung, die das Parlament 2009 verabschiedet hatte, um Einnahmeausfälle infolge der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise z.T. aufzufangen.¹⁹ Bisher hatte *Oregon* einen einheitlichen Einkommensteuersatz von 9%. Nunmehr zahlen Alleinstehende ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 125.000 Dollar zusätzliche 1,8%, ab 2012 0,9% (zusammen also 9,9%). Ab Einkommen von 250.000 Dollar werden zusätzliche 2% (also zusammen 11%) erhoben. Bei Verheirateten gelten die doppelten Einkommensgrenzen. Die Körperschaftsteuer wird ebenfalls angehoben. Dies dürfte ca. 200 Mio. bzw. 130 Mio. Dollar Mehreinnahmen pro Jahr generieren. Die Befürworter der fakultativen Referenden, welche die Steuererhöhungen zu Fall bringen wollten, darunter Industrie-, Handels-, Banken- und Farmerverbände, *Philip H. Knight*, der Gründer der Sportfirma *Nike*, und die *Oregon Republican Party* sammelten sich in vier Komitees und generierten insgesamt 5,3 Mio. Dollar. Die Steuererhöhungen sei-

18 Dieses Komitee hatte auch *Amendment 61* lanciert, s.u. C.I.4.

19 Oregon Center for Public Policy, S. 1; http://www.ocpp.org/media/uploads/pdf/2011/03/iss20091012TaxMeasuresWhoPays_fnl.pdf (30.3.2013)

en wirtschaftsfeindlich, schädigten letztlich auch kleine Einkommen und führten zu Arbeitsplatzverlusten. Die Befürworter der Steuererhöhungen, darunter Gewerkschaften, die *Oregon Democratic Party* und Umweltschutzverbände, sammelten sich ebenfalls in vier Komitees, brachten jedoch 9,6 Mio. Dollar auf.²⁰ Die Steuererhöhungen verhinderten weitere Kürzungen im Bildungs-, Gesundheits- und Sicherheitsbereich. Das bisherige Steuersystem begünstigte hohe Einkommen, die prozentual wesentlich weniger Abgaben von ihren Einkommen leisten müssten. Über 97% der Bürger seien von den Erhöhungen nicht betroffen. Die Steuererhöhungen bekamen eine Mehrheit von 54,3% bzw. 53,6% Ja-Stimmen.

Moderate Steuersenkungen konnten sich hingegen durchsetzen. So gewann *Question 1* in *Massachusetts* mit 51,9% Ja-Stimmen. Die Gesetzesinitiative befreite Alkoholika von der allgemeinen Verkaufsteuer, die zuvor vom Parlament von 5 auf 6,25% angehoben und auch auf Alkoholika ausgedehnt worden war.²¹ Initiatoren waren Alkoholhändler. Sie brachten 3,1 Mio. Dollar auf. Die Steuer führe zu Arbeitsplatz- und Einnahmeverlusten. Außerdem bestehe bereits eine Alkoholsteuer. Die Gegner hatten sich zum einen im Komitee *MA Coalition for Our Communities* zusammengeschlossen, das vor allem *Question 3*, die Initiative zur allgemeinen Reduzierung der Verkaufsteuer, bekämpfte und für beide Abstimmungskämpfe insgesamt 4,7 Mio. Dollar sammelte.²² Zum anderen fanden sie sich im *Committee Against Repeal of the Alcohol Tax* zusammen. Darunter waren insbesondere Gesundheitsorganisationen, die 0,25 Mio. Dollar aufbrachten und den Gesundheitsschutz ins Feld führten. Die meisten Zeitungen waren ebenfalls gegen die Vorlage.

Auch in *Washington* war *Initiative 1107* mit 60,4% Ja-Stimmen erfolgreich. Die Gesetzesinitiative hebt Verkaufsteuern auf, die das Parlament 2010 auf Süßigkeiten, Mineralwasser und Limonaden erhoben hatte, bzw. senkt Steuern auf bestimmte Lebensmittel, die das Parlament erhöht hatte. Dadurch entstehen im Zeitraum 2011-2015 ca. 700 Mio. Dollar staatliche und 80 Mio. kommunale Einnahmeverluste. Die Getränke- und Lebensmittelindustrie (u.a. *American Beverage Association, Coca-Cola, Pepsi, Kraft*) sponserte die Initiativen mit 16,8 Mio. Dollar, die fast zu 100% von außerhalb Washingtons stammten. Allein 2,5 Mio. Dollar wurden für die Sammlung der Unterschriften benötigt. Die Steuern seien willkürlich und belasteten Mittel- und Unterschichtfamilien. Stattdessen solle der Staat sparen. Die Gegner, u.a. Gewerkschaften, das *Senate Republican Campaign Committee*, die *Washington State Hospital Association* und NGO's wie *Planned Parenthood* und *Childrens Alliance* brachten nur 0,6 Mio. Dollar

20 Diese setzten sich z.T. auch noch für bzw. gegen weitere Vorlagen ein.

21 Vgl. soeben *Question 3* in *Massachusetts*.

22 Ebda.

für den Abstimmungskampf auf. Die Getränkeindustrie wende Millionen auf, um die Wähler in die Irre zu führen. Die Steuererhöhungen seien Teil eines ausgewogenen Konzepts, die von der Wirtschaftskrise verursachten Einnahmeverluste durch Kürzungen und Einnahmeerhöhungen in den Griff zu bekommen. Die durch *Initiative 1107* verursachten Einnahmeverluste gingen zu Lasten von Schulen und Gesundheitsvorsorge. Süßigkeiten und Süßgetränke verursachten außerdem Fettleibigkeit und Diabetes.

In *Missouri* und *Montana* waren Verfassungsinitiativen mit über 80% bzw. 70% Ja-Stimmen erfolgreich, welche die Einführung einer Grunderwerbsteuer verbieten. *Amendment 3* bzw. *CI-105* waren von den jeweiligen Immobilienmaklerverbänden lanciert worden. Damit sollte neben der bestehenden Grundsteuer eine Doppelbesteuerung von Grundstücken ausgeschlossen werden. Die Gegner bemängelten u.a., dass das Parlament eingeengt werde. Ein solches Verbot gehöre nicht in die Verfassung. „An out of state special interest, the Chicago-based National Association of Realtors“ stehe hinter den Vorlagen.²³ In *Missouri* wendeten die Immobilienmakler 4,3 Mio. Dollar für den Abstimmungskampf auf. Die Gegner meldeten keine Aufwendungen. In *Montana* brachten nur die Gegner, insbesondere die Lehrergewerkschaft, Finanzmittel auf, nämlich 45.000 Dollar.

In *Missouri* siegte außerdem *Proposition A* mit 68,4%. Die Gesetzesinitiative verbietet Gemeinden, Einkommensteuern zu erheben. In Gemeinden, die eine solche bereits haben, müssen die Bürger alle fünf Jahre in einem Referendum zustimmen. Andernfalls muss die Steuer innerhalb von zehn Jahren auslaufen. Für Städte wie Kansas City und St. Louis hätte dies z.B. zu Ausfällen von ca. 200 bzw. 140 Mio. Dollar jährlich führen können. Die dort 2011 abgehaltenen Referenden gingen jedoch zugunsten der kommunalen Einkommensteuer aus. Für die Unterstützer von *Proposition A*, organisiert im Komitee *Let Voters Decide*, darunter die *Missouri Libertarian Party* und die *National Taxpayers Union*, führe die Abschaffung der lokalen Einkommensteuer zu mehr Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Kommunen und gebe den Bürgern Entscheidungsfreiheit. Die Befürworter meldeten den Einsatz von mehr als 7 Mio. Dollar, darunter knapp 0,6 Mio. zur Sammlung der Unterschriften durch *National Petition Management*. Die Gegner, insbesondere Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, Vertreter von Gemeinden und der Gouverneur *Jay Nixon*, warnten vor Kürzungen bei kommunalen Dienstleistungen. Sie wendeten knapp 0,9 Mio. Dollar auf. Zeitungseditorials sprachen sich gegen die Vorlage aus.

23 L. McCulloch, Montana Secretary of State, Voter Information Pamphlet, 2010 Ballot Issues, S. 6.

2. Abgabenerhöhungen/neue Steuern

Abgabenerhöhungen bzw. neue Steuern scheiterten. So verlor in *Kalifornien* 2010 *Proposition 24*. Diese Gesetzesinitiative hätte Steuererleichterungen für Unternehmen, die im Zuge der kalifornischen Haushaltsverhandlungen 2008 und 2009 beschlossen worden waren und 2011 in Kraft treten sollten, wieder aufgehoben. Nach Schätzungen des neutralen *Legislative Analyst* hätte die Vorlage zusätzliche Staatseinnahmen von ca. 1,3 Mrd. Dollar jährlich generiert. Befürworter von *Proposition 24* waren u.a. Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und die *League of Women Voters*. Unter dem Dach des Komitees *Yes on 24 – The Tax Fairness Act* sammelten sie 15,1 Mio. Dollar. Die Vorlage verhindere unfaire Steuernnachlässe, die von den Abgeordneten und großen Unternehmen hinter verschlossenen Türen ausgehandelt worden seien. Das Geld werde dringend für Schulen, Gesundheit und öffentliche Sicherheit benötigt. Die Gegner, die sich im Wesentlichen im Komitee *No On 24 – Stop the Jobs Tax* sammelten und 15,5 Mio. Dollar aufbrachten, befürchteten insbesondere Arbeitsplatzverluste, falls die Vorlage angenommen würde. Kalifornien habe bereits mit 12,4% eine der höchsten Arbeitslosenquoten aller US-Gliedstaaten und „one of the WORST tax climates for businesses, ranking 48 out of the 50 states.“²⁴ Zu den Gegnern zählten in erster Linie Großunternehmen wie u.a. *Time Warner*, *General Electric*, *Walt Disney*, *Hewlett Packard* und *Yahoo*. Beide Seiten beschäftigten zusammen 16 politische Agenturen. Die Unterschriften hat *Kimball Petition Management* für knapp 1,6 Mio. Dollar gesammelt. Die Zeitungen sprachen sich überwiegend gegen die Vorlage aus.

In *Washington* versuchte *Initiative 1098* eine Reichensteuer einzuführen: für Alleinstehende mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 200.000 bis 500.000 Dollar 5% und für Einkommen darüber 9%. Bei Verheirateten wären die Einkommensgrenzen doppelt so hoch. Gleichzeitig sollten die Grundsteuern und bestimmte Gewerbesteuern gesenkt werden. Netto würden die Vorschläge in fünf Jahren zu insgesamt über 11 Mrd. Dollar Mehreinnahmen führen, die ausschließlich für Bildung und Gesundheit zu verwenden wären. Washington hatte bisher keine Einkommensteuer. Eine durch ein Volksbegehren 1932 eingeführte progressive Einkommensteuer war vom State Supreme Court 1933 für verfassungswidrig erklärt worden.²⁵ Der letzte Vorschlag für eine Körperschaftseinkommensteuer fand 1975 keine Mehrheit bei den Wählern.²⁶ Auch *Initiative*

24 D. Bowen, California Secretary of State, Official Voter Information Guide, California Statewide General Election, Tuesday, November 2, 2010, Arguments against Proposition 24, S. 51.

25 *Culliton v. Chase*, 25 P.2d 81 (1933).

26 P. Guppy, Citizens' Guide to Initiative 1098, 2010, S. 1, <http://www.washingtonpolicy.org/sites/default/files/Initiative-1098.pdf> (30.3.2013).

1098 stand wieder unter dem Verdikt der gliedstaatlichen Verfassungswidrigkeit. Denn Art. 7 Sec. 1 der Verfassung von Washington bestimmt, dass „All taxes shall be uniform upon the same class of property“, und der State Supreme Court ist seit 1933 in ständiger Rechtsprechung der Auffassung, dass Einkommen „Property“ sei.²⁷ Befürworter und Gegner brachten ähnlich hohe Finanzmittel in den Abstimmungskampf ein, nämlich 7,3 bzw. 6,3 Mio. Dollar, auf beiden Seiten auch mit einer Vielzahl individueller Spender. Zu den Unterstützern zählten u.a. *Bill Gates jr.*, dessen Vater und andere wohlhabende Einzelpersonen, die *League of Women Voters*, die *Washington Association of Churches*, die demokratische Gouverneurin *Chris Gregoire* und eine Vielzahl von Gewerkschaften. Die Vorlage entlaste mittlere und untere Einkommen, belaste nur die 3% Reichsten, fördere die Wirtschaft und mildere bisherige Kürzungen der Bildungsausgaben. Die Gegner waren u.a. *Microsoft* und dessen Chef *Steve Ballmer*, *Jeff Bezos* von *Amazon*, *Boeing* sowie dessen Vizepräsidentin *Laura Peterson*, das *Washington Farm Bureau* und der ehemalige republikanische Gouverneur und US-Senator *Dan Evans*. Die Vorlage sei nur der Einstieg in eine Einkommensteuer für alle, neue Steuern behinderten den Aufschwung aus der Rezession, vernichteten einen Wettbewerbsvorteil Washingtons und die Mehreinnahmen könnten auch für andere als Bildungs- und Gesundheitszwecke ausgegeben werden. Die Vorlage hatte nur anfänglich in Meinungsumfragen eine Mehrheit. In der Abstimmung am 2.11.2010 verlor sie mit 63,8% Nein-Stimmen.

3. Zweidrittelmehrheit für Abgabenerhöhungen

In Kalifornien war *Proposition 26* erfolgreich. Die Verfassungsinitiative verlangt für die zukünftige Einführung bzw. Erhöhung bestimmter staatlicher Gebühren und Beiträge eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit und für die zukünftige Einführung bzw. Erhöhung bestimmter kommunaler Gebühren und Beiträge eine ebensolche Mehrheit in einem lokalen Referendum. Damit wird das 1978 durch *Proposition 13* für Steuererhöhungen eingeführte Quorum²⁸ auf Gebühren und Beiträge ausgedehnt. Es betrifft u.a. Abgaben, die auf bestimmte Produkte erhoben werden, um deren negative Effekte zu bekämpfen, wie z.B. Ölrecyclinggebühren oder Gebühren auf gefährliche Materialien. Diese Abgaben definiert *Proposition 26* nunmehr als Steuern. Eine ähnliche Initiative, *Proposition 37*, war 2000 noch knapp gescheitert. Die Befürworter waren u.a. Steuerzahlerorga-

27 Näher Gutachten des früheren Richters am State Supreme Court *Justice Phil Talmadge v. 19.8.2010*, S. 2 ff. m.w.N., <http://www.washingtonpolicy.org/sites/default/files/Talmadge-Letter-Initiative-1098.pdf> (30.3.2013).

28 Ausführlich dazu *Heußner*, Kalifornien (Fn. *), S. 190, 212 f.

nisationen, die kalifornische Handelskammer und die großen Ölkonzerne, die Zigaretten- und die Alkoholindustrie. Sie sammelten 18,9 Mio. Dollar im Komitee *Stop Hidden Taxes – No on 25 & Yes on 26*.²⁹ Die Vorlage schließe Schlupflöcher, mit denen das Parlament das Quorum einer Zweidrittelmehrheit für Steuern umgangen habe, um Abgaben auf Produkte und Dienstleistungen, die in Wirklichkeit Steuern seien, einzuführen bzw. zu erhöhen. Die Vorlage stärke die Wirtschaft, schaffe Arbeitsplätze und steigere so die Steuereinnahmen. Die Gegner brachten 6,4 Mio. Dollar zusammen. Es war eine breite Koalition aus u.a. vielen Gewerkschaften, der *California Democratic Party*, Umweltorganisationen wie etwa der *California League of Conservation Voters* und dem *Sierra Club*, vielen Gesundheitsorganisationen wie der *American Cancer Society* und der *American Lung Society*, NGO's wie *California Common Cause*, und dem Milliardär, Hedgefonds-Manager, Demokraten und Umweltaktivisten *Thomas S. Steyer*.³⁰ Die Vorlage diene lediglich Großkonzernen und gehe auf Kosten der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. „That's what Prop. 26 is: big oil, tobacco, and alcohol companies want taxpayers to pay for cleaning their mess.“³¹ Beide Seiten zusammen beschäftigten 13 Politagenturen, darunter *National Petition Management*, die für 2,3 Mio. Dollar die Unterstützerunterschriften sammelten. Die übergroße Anzahl der Zeitungseditorials sprach sich gegen *Proposition 26* aus. Die Vorlage siegte mit 52,5% Ja-Stimmen.

In *Washington* war *Initiative 1053* an der Urne mit 63,8% Ja-Stimmen erfolgreich. Die Gesetzesinitiative stellte das parlamentarische Zweidrittelmehrheitserfordernis für Steuern und Gebühren wieder her, das bereits 2007 durch das Volksgesetz *Initiative 970* eingeführt worden war. Das Parlament hatte das Quorum 2010 jedoch zeitweilig ausgesetzt, da Volksgesetze vom Parlament nach zwei Jahren mit einfacher Mehrheit wieder geändert werden dürfen. Verfassungsinitiativen sind in Washington nicht zulässig.³² Unterstützer von *Initiative 1053* waren die Großindustrie, Gegner insbesondere die Gewerkschaften und die demokratische Gouverneurin *Chris Gregoire*. Die Befürworter setzten darauf, dass weniger Steuern zu mehr Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen führen. Die Gegner verwiesen auf Kalifornien, wo das Zweidrittelmehrheitserfordernis zu Haushaltsblockaden und Desaster geführt habe. Die Vorlage schade den Kommunen und diene Großkonzernen wie *BP* und Großbanken. Beide Seiten mobilisierten 1,5 bzw. 1,6 Mio. Dollar. Nach der Abstimmung hat der Supreme

29 Vgl. unter C.I.3.

30 The World's Billionaires, http://www.forbes.com/lists/2008/10/billionaires08_Thomas-Steyer_RUIR.html (31.1.2013).

31 *Bowen*, Guide (Fn. 24), S. 60.

32 Art. II Sec. 1 (a), (c), Art. II Sec. 1 Washington Constitution; *H.K. Heußner*, Volksge-setzung in den USA und in Deutschland, 1994, S. 28, 97.

Court von Washington *Initiative 1053* für verfassungswidrig erklärt. Eine *Supermajority* ließe sich nur durch eine Verfassungsänderung einführen.³³

4. Steuerstruktur, Staats Schulden, Staats budget

In *Maine* lehnten die BürgerInnen mit Hilfe des fakultativen Referendums *Question 1* eine zuvor vom Parlament beschlossene Steuerreform mit 60,8% Nein-Stimmen ab. Die Reform führte an Stelle einer progressiven Einkommensteuer – die Steuern rangieren zwischen 2% und 8% – einen Einheitssatz von 6,5% ein. Progressivität sollte jedoch durch einen „household credit“ erhalten bleiben, der in höheren Einkommensstufen ausläuft. Gleichzeitig wurde die 5%ige Verkaufs- und Dienstleistungsteuer auf viele Dienstleistungen, die bisher ausgespart waren, ausgedehnt.³⁴ Gegner der Steuerreform, die 0,6 Mio. Dollar ausgaben, waren insbesondere die *Maine Republican Party* und Teile der Wirtschaft sowie die *Maine Chamber of Commerce*. Befürworter, die 0,7 Mio. Dollar aufbrachten, waren u.a. die *Maine Democratic Party*, welche die Steuerreform im Parlament beschlossen hatte, und ebenfalls Teile der Wirtschaft. Die Gegner führten insbesondere die ausgeweitete Verkaufsteuer an, die für den Tourismus und kleine Gewerbebetriebe schädlich sei. Die Befürworter betonten, das neue Steuersystem sei moderner und wettbewerbsfähiger gegenüber anderen Staaten. Die Zeitungseditorials waren für die Reform.

Die erfolgreiche Verfassungsinitiative *Proposition 22* in *Kalifornien* verbietet dem Staat, zeitweilig Einnahmen aus der Benzin- bzw. Grundsteuer, die bestimmten Zwecken gewidmet sind, zum Ausgleich des Staatshaushalts zu nutzen. Dies schützte die Finanzierung des Straßenbaus, der kommunalen Dienste und insbesondere der Polizei. Die Unfähigkeit des Staates, seinen Haushalt in Ordnung zu halten, dürfe nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Die Befürworter, darunter Kommunen, insbesondere die *League of California Cities*, Verkehrseinrichtungen, Baufirmen sowie Bau- und Verkehrsgewerkschaften, sammelten 5,9 Mio. Dollar. Die Gegner, darunter Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, insbesondere die *California Teachers Association*, und *Carly Fiorina*, republikanische Kandidatin für den US-Senat, mobilisierten knapp 1,7 Mio. Dollar. Die Verluste gingen vor allem zu Lasten der Schulen und des Gesundheitswesens. Andererseits lande Geld in den Händen lokaler Bauträger. Die Zeitungseditorials

33 *League of Education Voters v. Washington State*, #87425-5 (2013), zit. in: D. Ammons, High court overturns supermajority for taxes, <http://blogs.sos.wa.gov/FromOur-Corner/index.php/2013/03/high-court-overturns-supermajority-for-taxes/> (2.4.2013).

34 Näher R. Woodbury, The Struggle for Tax Reform in Maine, 2003-2009, 2009, S. 42 ff.; <http://www.bos.frb.org/economic/neppc/dp/2009/neppcdp0902.pdf> (31.3.2013)

sprachen sich zu gleichen Teilen für und gegen die Vorlage aus. Beide Kampagnen engagierten insgesamt neun Politagenturen, darunter *Progressive Campaigns*, die für 1,6 Mio. Dollar Unterschriften sammelten. Die Vorlage gewann mit 60,7% Ja-Stimmen.

Amendment 61 in *Colorado* versuchte, Staatsschulden gänzlich zu verbieten und lokale Schulden an die jeweilige Zustimmung in einem obligatorischen Referendum der Gemeindebürger zu binden. Befürworter und Gegner waren dieselben wie bei *Proposition 101* und *Amendment 60*.³⁵ Geld, das in den Händen der Steuerzahler verbleibe, diene dem Wirtschaftswachstum. Der Staat müsse effizienter werden, so die Befürworter. Die Gegner hielten das Vorhaben für völlig übertrieben. Die Vorlage erzielte nur 27% Ja-Stimmen.

Als historisch kann man *Proposition 25* in *Kalifornien* bezeichnen. Diese für die kalifornischen Staatsfinanzen hoch bedeutsame Verfassungsinitiative hebt das in Kalifornien bisher geltende parlamentarische Zweidrittelmehrheitserfordernis zur Verabschiedung des jährlichen Staatshaushalts auf, das 1933 bzw. 1962 auf Initiative des Parlaments eingeführt worden war.³⁶ Es hat wesentlich zur „kalifornischen Krise“ seit den 1980er Jahren beigetragen. Aufgrund der extremen parteipolitischen Polarisierung Kaliforniens führte das Quorum zu einer Sperrminorität der stark konservativen kalifornischen Republikaner. Im Zeitraum zwischen 1980 und 2010 wurde der Haushalt meistens nicht rechtzeitig verabschiedet, und Kalifornien war zweimal zahlungsunfähig (1992, 2009).³⁷ 2004 war die Verfassungsinitiative *Proposition 56* gescheitert, die das Haushaltsquorum auf 55% absenken wollte.³⁸ *Proposition 25*, die 55,1% Ja-Stimmen erhielt, schafft nun das Haushaltsquorum ganz ab. Zusätzlich sieht die Verfassungsinitiative vor, dass die Abgeordneten für jeden Tag, den das Parlament das jährliche Haushaltsgesetz verspätet verabschiedet, ihre Diäten verlieren. Die Befürworter, zu denen u.a. die Gewerkschaften, die *California Democratic Party*, die *League of Women Voters* und der kalifornische Finanzminister *Bill Lockyer* zählten, brachten im Rahmen des Komitees *Yes on 25 – Citizens for an On-Time Budget* 12 Mio. Dollar auf. Die Vorlage ziehe Abgeordnete zur Verantwortung und durchbreche parlamentarische Blockaden. Dies verhindere die katastrophalen Folgen verspäteter Haushalte. Das Mehrheitserfordernis für Steuererhöhungen werde nicht angetastet. Die Gegner, insbesondere die *Howard Jarvis Taxpayers Association*, die *California Taxpayers Association*, die *California Chamber of Commerce*, eine Vielzahl von Firmen, darunter *Chevron*, *Exxonmobil* und *Shell*, der Zigarettenkonzern *Philip Morris* und die Großbrauerei *Anheuser-Busch*, aber

35 Vgl. o. bei C.I.1.

36 Näher *Heußner*, Kalifornien (Fn. *), S. 186 f., 210 ff.

37 Näher *ebda.*, S. 211, 214. S. auch *Proposition 27* und *Proposition 20* unten C.III.1.

38 Näher *Heußner*, Kalifornien (Fn. *), S. 212 m.w.N.

auch der scheidende republikanische Gouverneur , konnten durch das Komitee , das sich auch für einsetzte,³⁹ 18,3 Mio. Dollar mobilisieren. Die Vorlage erlaubte dem Parlament, wenn auch versteckt, Steuererhöhungen mit einfacher Mehrheit zu beschließen, indem entsprechende Gesetze als Teil des Budgets verabschiedet würden. Die Befürworter und Gegner beschäftigten eine Vielzahl politischer Agenturen, darunter , die für die Unterschriftensammlung zur Qualifikation der Vorlage 2,6 Mio. Dollar erhielt. Die Mehrheit der Zeitungsseditorials scheint sich gegen ausgesprochen zu haben. In Meinungsumfragen waren kontinuierlich deutlich mehr Kalifornier für die Vorlage als dagegen.

II. Wirtschaft/Verkehr/Arbeit/Konsumentenschutz

Im Bereich Wirtschaft und Ähnliches kam es insgesamt zu acht Vorlagen. Lediglich zwei gingen zugunsten der Initiatoren aus.

1. Bebauungspläne/Baugenehmigungen

In strebte an, eine 40 Jahre alte gesetzliche Regelung aufzuheben, wonach Baugenehmigungen für staatlich geförderte Wohnungen unter erleichterten Bedingungen zu erteilen waren. Dies zerstörte jedoch ländliche und städtische Kommunen gleichermaßen, so die Befürworter, die 0,3 Mio. Dollar aufwendeten, insbesondere durch das Komitee . Eine breite Gegnerkoalition aus u.a. Kirchen, Wohnungs- und Sozialwohnungsverbänden sowie Politikern, darunter der demokratische Gouverneur , brachte 1,2 Mio. Dollar auf; darunter knapp 500 individuelle Spenden. Bezahlbarer Wohnraum und Arbeitsplätze seien zu sichern. Die Gesetzesinitiative scheiterte mit nur 41,8% Ja-Stimmen.

In beabsichtigte die Verfassungsinitiative die Aufstellung oder Änderung bestimmter kommunaler Bebauungspläne an die Zustimmung der BürgerInnen in einem obligatorischen Referendum in der betreffenden Kommune zu binden. Initiator war insbesondere das Komitee , angeführt vom Rechtsanwalt . Befürworterin war u.a. auch die Naturschutzorganisation . 2008 konnte die Initiative nicht genug Unterschriften sammeln. Falsch gesteuerte Bebauung zerstörte die

39 Vgl. soeben unter C.I.3.

Kommunen. *Amendment 4* schütze vor ungewolltem Wachstum. Gut eine Mio. Dollar kamen zusammen, darunter mehr als 1.100 Einzelpenden. Die Gegner, zusammengeschlossen in den Komitees *Citizens for Lower Taxes and Stronger Economy* und *Floridians for Smarter Growth*, sammelten kapp 13 Mio. Dollar, darunter insbesondere die Bauindustrie, die Handelskammer, Farmervereinigungen, Architektenverbände und Gewerkschaften. Die Vorlage führe zu höheren Steuern und Arbeitslosigkeit. Viele Zeitungen waren gegen die Vorlage. In Umfragen zwischen Februar und September 2010 gab es noch Mehrheiten für *Amendment 4*. Im Volksentscheid gab es jedoch nur noch 32,9% Ja-Stimmen.

2. Energieversorgung, Verkehr

In Kalifornien wollte die Verfassungsinitiative *Proposition 16* erreichen, dass Kommunen nur dann mit Hilfe öffentlicher Mittel oder Kreditaufnahmen ein Energieversorgungsunternehmen gründen bzw. in neue Bereiche expandieren dürfen, wenn die BürgerInnen dies vorher in einem obligatorischen Referendum mit Zweidrittelmehrheit gebilligt haben. In schwierigen wirtschaftlichen Zeiten solle der Steuerzahler das letzte Wort haben, was mit seinem Geld geschehe. Träger war das Komitee *Californians to Protect Our Rights*. Unterstützer waren neben der *California Taxpayers Association*, der *California Chamber of Commerce* und *Willie Brown*, ehemaliger demokratischer Bürgermeister von San Francisco und ehemaliger demokratischer Sprecher des Abgeordnetenhauses, im Wesentlichen die *Pacific Gas and Electricity Company*, eines der drei größten privaten Energieversorgungsunternehmen in Kalifornien. Das Unternehmen wendete insgesamt 46,4 Mio. Dollar auf. Den Aktionären teilte der Vorstand mit, die Aufwendungen von 6-9 Cents pro Aktie seien richtig investiert, um Konkurrenten am Markteintritt zu hindern. Die Initiatoren beschäftigten eine Vielzahl kommerzieller politischer Agenturen. Die Agentur *Direct Voice* sammelte Unterschriften für 2,2 Mio. Dollar. Die Gegner brachten insgesamt nur 0,14 Mio. Dollar „auf die Waage“. Zu ihnen zählten u.a. die *California Democratic Party*, der *Sierra Club*, die *Consumer Federation of California*, die *League of Women Voters* und Interessenvertreter kommunaler Versorger. Die Vorlage wolle die Auswahl der Konsumenten verringern, den Zukauf erneuerbarer Energie durch öffentliche Versorger verhindern und erlaube kommerziellen Versorgern, die Preise anzuheben, indem Wettbewerb verhindert und deren Monopol gesichert werde. Die Gegner mussten eine „Low Budget-Kampagne fahren“, so u.a. mit selbst hergestellten Videos auf *YouTube*. Die Zeitungseditorials waren überwiegend gegen *Proposition 16*. Die Vorlage verlor mit 47,2% Ja-Stimmen.

2011 wollte *Initiative 1125* in Washington verbieten, dass die Einnahmen aus der Benzinsteuern für andere als Verkehrszwecke und die Maut für andere Zwe-

cke als für die benutzten Straßen bzw. Brücken verwendet werden dürfen. Außerdem sollten die Abgeordneten die Mautgebühren festsetzen. Letzteres war aus Sicht der Befürworter notwendig, weil das Parlament als Reaktion auf *Initiative 1053* aus dem Vorjahr, wonach das Parlament Abgaben mit Zweidrittelmehrheit zu beschließen hatte,⁴⁰ die Festsetzung der Maut auf die vom Gouverneur berufene *Transportation Commission* übertragen hatte. Ungewählte Bürokraten könne man nicht zur Verantwortung ziehen, und vom Verkehr bzw. für spezifische Projekte aufgebrachte Gelder dürften nicht zweckentfremdet werden, so die Befürworter, darunter diverse Firmen und Geschäftsleute und die *Washington Republican Party*. Sie brachten insgesamt 1,5 Mio. Dollar auf, darunter mehr als 2.600 Einzelspenden. Die Gegnerseite war eine breite Koalition aus Wirtschaft und Politik, darunter insbesondere die auch in Washington ansässigen *Großkonzerne Boeing* und *Microsoft* und der Gründer bzw. der Vorstandsvorsitzende von *Microsoft*, *Bill Gates* und *Steve Ballmer*, sowie verschiedene hochrangige Politiker, insbesondere die Gouverneurin *Chris Gregoire*. Sie warfen insgesamt 2,5 Mio. Dollar in den Abstimmungskampf. Die Initiative würde die Finanzierung einer Vielzahl von Verkehrsprojekten gefährden, die für die Entwicklung des Staates wichtig seien. Die Zeitungseditorials waren im Wesentlichen gegen die Initiative. Sie unterlag mit 53,2% Nein-Stimmen.

3. Gewerkschaften

Bereits 2008 versuchten zwei Initiativen in *Colorado* (*Amendment 47* und *49*) Gewerkschaftsrechte einzuschränken.⁴¹ Dieser von der *Tea Party*-Bewegung getriebene Kampf wurde 2010/2011 in vielen US-Gliedstaaten auch auf parlamentarischer Ebene fortgeführt.⁴² So kam es in *Ohio* zu einem erbitterten Kampf um Gewerkschaftsrechte. Es ging um das Gesetz *Senate Bill No. 5* (*SB No. 5*). Die US-Gliedstaaten hatten aufgrund der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise enorme Haushaltsprobleme. Republikanische Mehrheiten in Staatenparlamenten, die in den Zwischenwahlen 2010 u.a. mit Hilfe der rechten *Tea Party*-Bewegung eine Mehrheit errungen hatten, versuchten die Personalkosten zu senken, indem sie die tarifvertragliche Verhandlungsmacht der Gewerkschaften des öffentlichen

40 Vgl. o. unter C.I.3.

41 Vgl. *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 178.

42 R. *Kliiver*, Politik per Haftbefehl. US-Republikaner kämpfen gegen die Gewerkschaften, SZ v. 5./6.3.2011, S. 9; M. *Koch*, Wisconsin ist nur der Anfang. „Krieg gegen die Mittelschicht“: Die US-Konservativen bekämpfen die Gewerkschaften, um die Schuldenkrise abzuwenden, SZ v. 15.3.2011, S. 19; derselbe, Kriegserklärung im Rostgürtel. In den USA versuchen republikanische Gouverneure, die Gewerkschaften per Gesetz zurückzudrängen, indem sie sie finanziell ausbluten lassen, SZ v. 28./29.1.2012, S. 25.

Dienstes schwächen. So verabschiedeten das Parlament von Ohio und der republikanische Gouverneur *John Kasich* im März 2011 *SB No. 5*. Dies sah insbesondere vor, dass nur noch über Gehälter, nicht jedoch über Krankenversicherungen und Pensionen, Tarifverträge abgeschlossen werden konnten, Streiks verboten waren und die Arbeitnehmerbeiträge zur Krankenversicherung und Pension angehoben werden konnten. Dagegen richtete sich das fakultative Referendum *Issue 2*, das am 8.11.2011 zur Abstimmung kam.⁴³ Eine Koalition aus insbesondere Gewerkschaften, darunter die *Education Association*, die größte Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, der *Ohio Democratic Party* und US-Präsident *Barack Obama* mobilisierte durch das Komitee *We are Ohio* die enorme Summe von 42,1 Mio. Dollar. Darunter waren mehr als 10.800 Einzelspenden. Ungefähr 17.000 Freiwillige engagierten sich im Abstimmungskampf.⁴⁴ Großdemonstrationen fanden statt. Mehr als 10.000 Freiwillige hatten Unterschriften gesammelt. *SB No. 5* sei ein Angriff auf Polizisten, Feuerwehrleute u.a. und damit auf die öffentliche Sicherheit, stelle die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes schlechter als Arbeitnehmer der Privatwirtschaft und sei insgesamt ein Angriff auf die Gewerkschaften. Die Befürworter von *SB No. 5*, darunter die republikanischen Politiker Ohios, der frühere republikanische Gouverneur von Arkansas, *Mike Huckabee*, die frühere republikanische Gouverneurin von Alaska, *Sarah Palin*, und der republikanische Präsidentschaftskandidat für die Wahlen 2012, *Mitt Romney*, die mit dem konservativen politischen Aktionskomitee *Building a Better Ohio* auftraten, setzten weniger als ein Drittel der Mittel der Gegner, nämlich nur 12 Mio. Dollar ein. *SB No. 5* diene dem Haushaltsausgleich und schaffe unfaire Privilegien des öffentlichen Dienstes ab. *SB No. 5* hatte nur anfänglich im Frühjahr 2011 in Meinungsumfragen eine knappe Mehrheit, da-

43 In Wisconsin hat die republikanische Parlamentsmehrheit unter Führung des republikanischen Gouverneurs *Scott Walker* im März 2011 den Angestellten des öffentlichen Dienstes ebenfalls das Recht genommen, Arbeitsbedingungen kollektiv auszuhandeln, USA-Today v. 11.3.2011, S. 3A; NZZ International v. 12.3.2011, S. 7. Dies war von erbitterten Auseinandersetzungen und Demonstrationen begleitet, die auch international Aufsehen erregten, vgl. etwa *B. Ammann*, Ein Hauch von Bürgeraufstand in Wisconsin, NZZ International v. 26.2.2013, S. 7; *M. Klingst*, Tea Party für Linke, Die Zeit v. 3.3.2011, S. 11; SZ v. 12./13.3.2013, S. 10. Da es in Wisconsin keine Volksgesetzgebung, sondern nur den *Recall* gibt, versuchten BürgerInnen, republikanische Abgeordnete und den Gouverneur vorzeitig abzuwählen. Die Abwahl von *Scott Walker* misslang, verschiedene Senatoren wurden jedoch abberufen. *M. Jaffee/E. Hartfield/B. Wolf*, ABC News v. 5.6.2012, <http://abcnews.go.com/Politics/OTUS/declared-winner-wisconsin-recall-gov-scott-walker/story?id=16502469> (27.3.2013); Washington Post v. 10.8.2011, http://articles.washingtonpost.com/2011-08-10/politics/35271348_1_dan-kapanke-sheila-harsdorf-luther-olsen (27.3.2013).

44 *S. Tavernise*, New York Times v. 8.11.2011, http://www.nytimes.com/2011/11/09/us/politics/ohio-turns-back-a-law-limiting-unions-rights.html?_r=0&pagewanted=print (26.3.2013).

nach zu keinem Zeitpunkt mehr. Zeitungsseditorials nahmen für und gegen das Gesetz Stellung. Das Referendum war mit 63,3% Ja-Stimmen erfolgreich und das Gesetz damit „kassiert“: „For public workers, it was, quite simply, a triumph“, so die New York Times.⁴⁵

4. Versicherungen, Verbraucherschutz

Proposition 17 in Kalifornien war eine hauptsächlich von der Industrie lancierte Initiative. Der Autoversicherer *Mercury Insurance* mit Hauptsitz in Los Angeles brachte 15,8 Mio. Dollar für die Kampagne auf, ca. 98% der Pro-Gesamt-aufwendungen. Eine Vielzahl von kommerziellen Polit-Agenturen kamen zum Einsatz, insbesondere *National Petition Management*, die für das Sammeln der Unterschriften 2,3 Mio. Dollar erhielt, im Durchschnitt 3,15 Dollar pro Unterschrift. Die Gesetzesinitiative, die unter dem Komiteenamen *Yes on 17 – Californians for Fair Auto Insurance Rates* auftrat, wollte beim Wechsel des Versicherers niedrigere Prämien für Autofahrer zulassen, die in der Vergangenheit einen kontinuierlichen Versicherungsschutz hatten. Dies sei zum Vorteil der Autofahrer, die ihre Versicherung wechseln wollen. *Proposition 17* hätte Bestimmungen der erfolgreichen Gesetzesinitiative *Proposition 103* von 1988 geändert, wonach Daten darüber, ob jemand in der Vergangenheit versichert war, die Zusage von Versicherungsschutz und die Höhe der Versicherungsprämie nicht beeinflussen dürfen. Die Gegner, darunter die *California Labor Federation*, die *California Democratic Party* und Verbraucherschutzkreise, wendeten ein, die Vorlage werde zu Prämienerhöhungen für alle Autofahrer führen, die keinen kontinuierlichen Versicherungsschutz haben, egal aus welchem Grund, so z.B. auch für Soldaten, die im Ausland stationiert sind. Die Komitees *Stop Proposition 17* und *Californians For Progress – No On 17* sammelten insgesamt lediglich 1,6 Mio. Dollar. Die meisten Zeitungen sprachen sich gegen die Vorlage aus. Die Initiative verlor mit 51,9% Nein-Stimmen.

In Washington versuchte 2010 *Initiative 1082*, die bisher im Wesentlichen öffentlich-rechtlich organisierte gesetzliche Unfallversicherung der Arbeitnehmer zu privatisieren. Die Abschaffung des staatlichen Monopols, das ineffizient und niemandem verantwortlich sei, öffne den Markt für private Konkurrenz, was kleinen Unternehmen helfe. Die Leistungen blieben dieselben wie bisher. Die Befürworter waren insbesondere im Komitee *Save Our Jobs Washington* zusammengeschlossen. Unterstützer waren v.a. die *Washington State Republican*

45 S. Tavernise/S. Greenhouse, New York Times v. 9.11.2011, <http://www.nytimes.com/2011/11/10/us/politics/ohio-vote-on-collective-bargaining-is-parsed-for-2012-omens.html?pagewanted=print> (26.3.2013).

Party und die Versicherungsindustrie, die den Löwenanteil der insgesamt 3,4 Mio. Dollar Kampagnenmittel aufbrachte. Die Gegner, v.a. Verbraucheranwälte und Gewerkschaften, befürchteten schlechtere Versicherungsleistungen und höhere Prämien. Die Gegner brachten 6,2 Mio. Dollar auf. Die meisten Zeitungen sprachen sich gegen die Vorlage aus, die schließlich mit 59,1% Nein-Stimmen verlor.

I-164 in *Montana* begrenzt den Zinssatz auf Verbraucherdarlehen u.a. auf max. 36% pro Jahr. Dies sei auch der Maximalzinssatz, der im Ausland stationierten US-Soldaten berechnet werden dürfe. Bisher konnten die Zinssätze bis zu 300 oder sogar 650% betragen. Unterstützer war eine breite Koalition u.a. aus NGO's wie der *American Association of Retired Persons (AARP)*, Gewerkschaf-ten und Kirchen, die im Komitee *400 Interest Is Too High* zusammengeschlossen 0,4 Mio. Dollar aufbrachten. Die Kreditwirtschaft befürchtete Arbeitsplatzver-luste. Die Vorlage raubte Tausenden von Bürgern eine Finanzierungsquelle.⁴⁶ Die Gegner warfen mit den Komitees *Coalition for Consumer Choice* und *Protect Montana Jobs Coalition* 0,3 Mio. Dollar in den Abstimmungskampf. Die Initiative gewann mit überwältigenden 71,2% Ja-Stimmen. 2008 hatte die Kreditwirt-schaft in Arizona mit *Proposition 200* vergeblich versucht, Schutz vor „Wucher-zinsen“ zu verhindern.⁴⁷

III. Staatsorganisation/Politischer Prozess

In diesem Bereich kam es zu sieben Abstimmungen. Vier betrafen die Wahlkreiseinteilung, zwei die Wählerregistrierung/Identifikation und eine die Korrup-tionsbekämpfung.

1. Wahlkreisneueinteilung

In *Kalifornien* kam es zu zwei Abstimmungen. Sie führten die Auseinanderset-zungen um die Wahlkreisneueinteilung von 2008 fort. Die BürgerInnen hatten in diesem Jahr *Proposition 11* knapp mit 50,9% Ja-Stimmen angenommen. Zukünftig war eine 14-köpfige Kommission anstelle des Parlaments für die alle zehn Jahre fällige Wahlkreisneueinteilung zuständig. Dadurch sollten die Wahlkreise kompetitiver werden, damit sich die Kandidaten mehr um Wähler der Mitte be-mühen müssen und anschließend im Parlament größere Bereitschaft zeigen,

46 S. Block, Montana caps payday loans, USA-Today v. 5.11.2010, S. 8A.

47 Näher Heußner, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 179.

Kompromisse zu suchen.⁴⁸ 2010 versuchte nun *Proposition 27*, diese Regelung wieder rückgängig zu machen. Sie wurde insbesondere von Gewerkschaften, darunter die *American Federation of State, County and Municipal Employees (AFSCME)*, der *Democratic Party*, einer Vielzahl demokratischer Parlamentarier und von Managern bzw. Milliardären wie *Stevens S. Myers* und *George Soros* unterstützt. Das neue Verfahren zur Wahlkreiseinteilung sei zu teuer. Die Abgeordneten müssten die Wahldistrikte einteilen, weil nur sie den Bürgern verantwortlich seien. Insgesamt brachten die Befürworter 5,5 Mio. Dollar auf. Die Politikagentur *Kimball Petition Management* bekam 3 Mio. Dollar. Die Initiative scheiterte deutlich mit 59,5% Nein-Stimmen. Die Gegner waren die Befürworter von *Proposition 11* aus dem Jahr 2008, also u.a. die NGO *California Common Cause*. Sie konnten ca. 26,7 Mio. Dollar in den Abstimmungskampf werfen. Gleichzeitig kämpften sie für die Annahme von *Proposition 20* (siehe sogleich). Hauptspender mit über 12 Mio. Dollar war *Charles Thomas Munger*, Vizevorsitzender der Gesellschaft des Milliardärs *Warren Buffett*. Vom sog. *Schwarzenegger California Dream Team* stammten diesmal 80.000 Dollar. Die meisten Zeitungseditorials waren gegen *Proposition 27*. Es müsse verhindert werden, dass sich die Abgeordneten „save districts“ zuschneiden könnten, um sich damit selbst zu schützen.

Die zweite Initiative, *Proposition 20*, erweiterte die Kompetenz der durch *Proposition 11* 2008 eingeführten *Redistricting Commission* auf die Einteilung der Wahlkreise für die 53 kalifornischen Abgeordneten des US-Repräsentantenhauses. Befürworter waren im Wesentlichen die Gegner von *Proposition 27* und umgekehrt. Die Argumente waren ebenfalls dieselben. Die Verfassungsinitiative gewann mit 61,3% Ja-Stimmen. Die Unterschriften hatte die Agentur *National Petition Management* gesammelt, wofür sie ca. 1,9. Mio. Dollar bekam.

In *Florida* setzte die Verfassungsinitiative *Amendment 5* fest, dass das Parlament die Wahlkreisneueinteilung für die Gliedstaatenwahlen nicht zu Gunsten oder Ungunsten von Amtsinhabern oder Parteien vornehmen darf, Minderheiten nicht benachteiligt werden dürfen und die Wahlkreise bevölkerungsgleich, angrenzend und zusammenhängend sein müssen sowie sich an den bestehenden Gemeindegrenzen zu orientieren haben. *Amendment 6* bestimmte dasselbe für die Wahlkreise zur Wahl des US-Repräsentantenhauses. Die Vorlagen sollten die

48 Näher *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 180; ders., Kalifornien (Fn. *), S. 214 f. Zu Auswirkungen von *Proposition 11* bei den Wahlen 2012, bei denen die neuen Regeln erstmalig zur Anwendung kamen und tatsächlich zu größerer „Competitiveness“ geführt haben, s. V. *Kogan/E. McGhee*, Redistricting California: An Evaluation of the Citizens Commission Final Plans, in: The California Journal of Politics and Policy 4 (2012), S. 1 ff.; E. *McGhee/D. Krimm*, California's new electoral Reforms: The Fall Election, Just the Facts, Nov. 2012, http://www.ppic.org/content/pubs/jtf/JTF_1112ElectoralReformsJTF.pdf (18.3.2013).

Wahlkreise kompetitiver machen. Befürworter beider Initiativen waren u.a. die NGO's *League of Women Voters*, *National Association for the Advancement of Colored People (NAACP)* und die *American Civil Liberties Union (ACLU)*, Gewerkschaften, der frühere demokratische Gouverneur und US-Senator *Bob Graham* und der damalige Gouverneur *Charlie Christ*, vormalig Republikaner, nunmehr Unabhängiger. Die Befürworter sammelten 8,6 Mio. Dollar. Hauptgegner beider Initiativen war die *Florida Republican Party*. Die Vorlagen, die von den Demokraten gesteuert seien, um die Kontrolle über die Legislative zu erringen, würden eine Menge juristischer Auseinandersetzungen provozieren. Die Gegner sammelten 3,8 Mio. Dollar. Die Zeitungseditorials unterstützten fast einhellig die Vorlagen. Beide gewannen mit 62,9% Ja-Stimmen. Eine Konkurrenzvorlage des Parlaments, *Amendment 7*, hatte der State Circuit Court in Tallahassee von der Abstimmung abgesetzt, da die Zusammenfassung der Vorlage auf dem Stimmzettel irreführend sei. Der Florida Supreme Court bestätigte die Entscheidung.⁴⁹

2. Wählerregistrierung/Identifikation

In *Maine* hoben die BürgerInnen 2011 durch das fakultative Referendum *Question 1* die vom Parlament im Juni 2011 verabschiedete Regelung mit einer Mehrheit von 60,4% auf, wonach sich neue Wähler nicht mehr am Tag der Wahl registrieren lassen können, sondern spätestens zwei Tage vor der Wahl registrieren lassen müssen. Hinter dem Referendum standen u.a. die NGO's *League of Women Voters*, die *Maine Municipal Association* und die *Maine Civil Liberties Union*, Gewerkschaften und das *Maine Democratic State Committee*. Sie sammelten 1,4 Mio. Dollar. Das Parlamentsgesetz führe zu einer geringeren Wahlbeteiligung. Unter den Befürwortern des Parlamentsgesetzes, die 0,35 Mio. Dollar aufwandten, war in erster Linie die *Republican Party*. Das Gesetz sei notwendig, um Wahlbetrug und Überlastung der Wahlbehörden zu vermeiden.

In *Mississippi* war 2011 *Initiative 27* mit 62,1% erfolgreich. Dieses *Voter Identification Amendment* verlangt, dass sich Wähler mit einem staatlich ausgestellten Dokument, das ein Photo enthält, ausweisen müssen. Befürworter war insbesondere die *Republican Party*. Die Vorschrift verhindere Wählerbetrug. Gegner waren u.a. die *National Association for the Advancement of Colored People (NAACP)* und die *Civil Liberties Union*. Die Ausweisvorschrift sei eine unnötige Wahlbarriere und diene dazu, junge Wähler, Arme und Angehörige ras-

49 *Florida Department of State v. Florida State Conference of NAACP Branches*, No. SC-1375, S. 13, <http://www.floridasupremecourt.org/decisions/2010/sc10-1375.pdf> (18.3. 2013).

sischer Minderheiten vom Wählen fernzuhalten. Finanzielle Aufwendungen wurden nicht registriert.

3. Korruptionsbekämpfung

Ballot Measure 1 in Alaska hatte zum Ziel, die Verwendung öffentlicher Gelder für politische Kampagnen und Lobbyaktivitäten zu verbieten. Jeder, der sich in politischen Kampagnen engagiert, könne keine öffentlichen Gelder erhalten. Jeder, der einen Vertrag mit dem Staat oder Kommunen hat, und dessen Familienangehörigen, dürften keine finanziellen Aufwendungen für politische Kampagnen machen. Dazu zählen auch Gewerkschaften. Ähnliche Initiativen gab es 2008 mit *Amendment 54* in Colorado und *Initiated Measure 10* in South Dakota.⁵⁰ Die Befürworter im Komitee *Clean Team Alaska*, die 0,2 Mio. Dollar aufbrachten, wollten damit politische Korruption bekämpfen. Im Laufe des Abstimmungskampfes gaben die Befürworter ihre Bemühungen jedoch auf, da sie sich von den Behörden ungerecht behandelt fühlten. Von Gerichten sei keine Abhilfe zu erwarten, da diese ebenfalls korrupt seien. Die Gegner, eine breite Koalition aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunalverbänden, der *Alaska Democratic Party* und NGO's wie z.B. der *League of Women Voters*, brachte 1,2 Mio. Dollar auf. Der Vorschlag sei zu weitgehend. Auch NGO's, einfache Bürger und Kommunen würden negativ betroffen. Die Vorlage erreichte nur 39,2% Ja-Stimmen.

IV. Bürgerrechte

Wie 2008 standen auch 2011 Enteignungsfragen auf der Agenda.⁵¹ Ausgelöst durch das Urteil *Kelo v. City of New London* des US-Supreme Court von 2005, demzufolge die US-Verfassung Enteignungen zu Gunsten Privater auch erlaubt, wenn dies z.B. im Rahmen städtischer Entwicklungspläne u.a. zu mehr Steuereinnahmen führen könnte,⁵² kam es diesmal in *Mississippi* zu einer Verfassungsinitiative, um die Voraussetzungen von Enteignungen zu Gunsten Privater zu verschärfen. *Initiative 31* sieht allerdings u.a. Ausnahmen für Infrastrukturprojekte vor. Unter den Befürwortern, die das Recht auf Eigentum betonten, war u.a. die *Mississippi Farm Bureau Federation*. Unter den Gegnern, die wirtschaftliche Nachteile befürchteten, insbesondere bei der Ansiedlung von Industrie, war u.a. der Gouverneur *Haley Barbour*. Die Initiative gewann mit über 70% Ja-Stimmen. Finanzielle Aufwendungen werden nicht berichtet.

50 Vgl. *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 180 f.

51 Vgl. ebda., S. 182.

52 545 U.S. 469 (2005); J. Dinan, State Constitutional Developments in 2008, in: The Council of State Governments (Hrsg.), *The Book of the States*, Bd. 41, 2009, S. 7.

V. Gesundheit/Soziales

1. Alkoholika

Von sieben Vorlagen behandelten drei die Regulierung des Alkoholverkaufs. Diese fanden in *Washington* statt und wollten das System staatlicher Alkoholläden für hochprozentige Spirituosen privatisieren. Zwei Gesetzesinitiativen kamen 2010 zur Abstimmung. Beide verloren. *Initiative 1100* und *Initiative 1105* unterschieden sich darin, dass *Initiative 1100* keine Preiskontrollen vorsah und auch den Verkauf von Wein und Bier deregulierte, während *Initiative 1105* die Lizenzgebühr vom Umsatz abhängig machte. *Initiative 1100* stammte vom Komitee *Modernize Washington*, darunter der Alkoholgroßhändler *Costco* und die *Northwest Grocery Association*. Sie brachten 6,1 Mio. Dollar auf. *Initiative 1105* kam vom Komitee *Washington Citizens for Liquor Reform*, darunter u.a. der Wein- und Spirituosenhändler *Young's Market*. Sie finanzierten 2,7 Mio. Dollar. Die Gegner beider Initiativen, organisiert im Komitee *Protect our Communities*, darunter Gewerkschaften, Lebensmittelhändler, die Bier- und Weinindustrie, Kirchen und auch die Gouverneurin *Chris Gregoire*, befürchteten größeren Alkoholmissbrauch und staatliche Einnahmeverluste von ca. 300 Mio. bzw. 700 Mio. Dollar innerhalb der nächsten fünf Jahre. Sie wandten insgesamt 9 Mio. Dollar für die Kampagne auf.

2011 kam die Privatisierung der Alkoholläden in *Washington* erneut auf den Stimmzettel. Diesmal war *Initiative 1183* erfolgreich. Im Unterschied zu den Initiativen im Vorjahr sah sie eine 17%ige Verkaufsgebühr auf alle Spirituosenverkäufe vor, so dass über sechs Jahre eine Zusatzeinnahme des Staates von ca. 480 Mio. Dollar entstand. Die Anzahl der Läden blieb beschränkt. Der Weinverkaufspreis wurde freigegeben, der Bierpreis blieb jedoch reguliert. Die Verkäufer sind speziell zu schulen, um den Verkauf an Minderjährige zu verhindern. Befürworter war das Komitee *Yes on 1183 Coalition* mit dem Alkoholgroßhändler *Costco* an der Spitze und insgesamt 20,6 Mio. Dollar Kampagnenaufwand. Attorney General *Rob McKenna* war ebenfalls Befürworter, auch ein Großteil der Zeitungseditorials. Die Gegner im Komitee *Protect our Communities* vereinten u.a. die Weinhändler und Gewerkschaften und brachten 12,3 Mio. Dollar auf. Gegnerin war auch wieder Gouverneurin *Chris Gregoire*.

2. Krankenversicherung

Zwei Vorlagen wollten die Einführung einer obligatorischen Krankenversicherung verbieten. Sie waren eine Reaktion auf die von US-Präsident *Barack Obama* lancierte Krankenversicherungspflicht für alle US-BürgerInnen. Die Ab-

stimmungen, die sich gegen Bundesgesetzgebung richteten, konnten lediglich symbolischer Natur sein. Es gab auch drei durch Parlamente ausgelöste obligatorische Verfassungsreferenden mit der gleichen Zielsetzung (Arizona, Missouri, Oklahoma), die erfolgreich waren.⁵³ Bereits 2008 hatte es in Arizona den Versuch gegeben, mittels Initiative eine obligatorische Krankenversicherung zu verbieten. *Proposition 101* scheiterte jedoch knapp.⁵⁴

Die Verfassungsinitiative *Amendment 63* in *Colorado* scheiterte mit 46,9% Ja-Stimmen. Sie wollte dem Staat verbieten, Personen die Teilnahme an staatlichen oder privaten Versicherungsangeboten vorzuschreiben. Initiator war *John Caldera*, Vorsitzender des *Independence Institute*. Die Befürworter schlossen sich im Komitee *Health Care Choice for Colorado* zusammen. Sie konnten lediglich 84.000 Dollar in die Waagschale werfen. Entscheidungen über die Gesundheitsversorgung seien ein Grundrecht, in das sich die Bundesregierung nicht einzumischen habe. Die Gegner, insbesondere Ärzte, Krankenhäuser, Verbraucherverbände und religiöse Gruppierungen, waren in verschiedenen Komitees organisiert, so u.a. in der *Colorado League of Responsible Voters* und *Citizens for Integrity*, die sich auch gegen andere Volksvorlagen wandten.⁵⁵ Insgesamt kamen 1,5 Mio. Dollar zusammen, allein für das Komitee *Colorado Deserves Better*, das sich nur gegen *Amendment 63* aussprach, ca. 260.000 Dollar. Sie verwiesen u.a. darauf, dass ca. 15% der Bürger Colorados keine Gesundheitsversicherung hätten und die Vorlage wegen der vorrangigen Bundesgesetzgebung rechtlich wirkungslos sei.

Die Verfassungsinitiative *Issue 3* in *Ohio* war 2011 mit 65,6% Ja-Stimmen erfolgreich. Sie versucht, Gesetze zu verbieten, die Privaten oder Versicherern den Abschluss von Krankenversicherungen vorschreiben. Dies sichere die Freiheit in medizinischen Angelegenheiten, verhindere die Rationierung medizinischer Behandlung und garantiere, nicht für Abtreibung zahlen zu müssen. Die Befürworter, darunter u.a. die *Ohio Republican Party* und die *Cincinnati Tea Party* und mehr als 1.000 Einzelspender, sammelten ca. 0,8 Mio. Dollar. Die Gegner, darunter die *League of Women Voters* und die *Ohio Democratic Party* stellten keine finanziellen Mittel bereit. Sie betonten die Notwendigkeit, niemanden aufgrund von Vorerkrankungen vom Versicherungsschutz auszuschließen. Krankheit dürfe nicht in den finanziellen Ruin führen. Zeitungen sprachen sich gegen die Vorlage aus.

53 Matsusaka, Ballot (Fn. 1), S. 244.

54 Heußner, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 187.

55 Amendment 60, 61, 62 und Proposition 101.

3. Sonstiges

In *South Dakota* fand ein fakultatives Referendum (*Referred Law 12*) über ein Rauchverbot in Bars und Glücksspielräumen statt. Das Parlamentsgesetz wurde mit über 64% Ja-Stimmen gebilligt. Es erweiterte das 2002 erlassene Rauchverbot am Arbeitsplatz und in öffentlichen Räumen. Das Rauchverbot wurde u.a. von der *American Cancer Society* und der *American Heart Association* unterstützt. Diese u.a. brachten 0,4 Mio. Dollar auf, die Gegner lediglich knapp 0,2 Mio., darunter insbesondere Glücksspielbetreiber. Sie warnten vor Steuerausfällen in Millionenhöhe und dem Eingriff in Grundrechte, während die Unterstützer den Gesundheitsschutz vor Passivrauchen betonten.

In *Washington* gewann die Gesetzesinitiative *Initiative 1163*. Sie führt insbesondere eine verbesserte Ausbildung und eine polizeiliche Prüfung von Personal in ambulanter und stationärer Langzeitanlagen- und Behindertenpflege ein. Unterstützerin war vor allem die Gewerkschaft *Service Employees International Union (SEIU)*, die den Löwenanteil der insgesamt 1,6 Mio. Kampagnengelder aufbrachte. Die Qualität der Pflege solle verbessert und die zu Pflegenden sollten vor Betrügern und Missbrauch geschützt werden. Die Gegner, die lediglich 135.000 Dollar investierten, waren insbesondere Pflegedienste. Dem Staat entstünden weitere Kostenbelastungen. Bereits 2008 hatte es in Washington eine erfolgreiche Initiative zur Verbesserung der Pflege gegeben (*Initiative 1029*).⁵⁶

VI. Strafrecht/Kriminalität

Von sechs Vorlagen behandelten vier die Entkriminalisierung des Gebrauchs von Marihuana, eine die Untersuchungshaft und eine Sexualstraftaten.

1. Entkriminalisierung von Marihuana

Schon in den Jahren zuvor war es zu Marihuana-Initiativen gekommen.⁵⁷ Von den vier Vorlagen des Jahres 2010 behandelten drei den Gebrauch zu medizinischen Zwecken. Davon gewann eine, zwei verloren.

In *Arizona* war die Gesetzesinitiative *Proposition 203* ganz knapp mit 50,1% Ja-Stimmen erfolgreich. Bereits in der Vergangenheit hatte es ähnliche Initiativen gegeben. *Proposition 203* sieht vor, dass Patienten mit bestimmten Krankheiten Marihuana verschrieben werden darf. Die Patienten werden registriert. Sie

56 Heußner, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 187.

57 Vgl. ebda., S. 188; ders., US-Gliedstaaten 2009 (Fn. *), S. 162 f.

dürfen bis zu 2,5 Unzen Marihuana in einer 14-Tagesperiode von einer registrierten Non Profit-Verteilerstelle erhalten. Die Befürworter, zusammenge schlossen im Komitee *Arizona Medical Marijuana Policy Project*, propagierten Marihuana als geeignetes Medikament für u.a. AIDS-, Hepatitis C- und Alzheimer-Kranke. *Proposition 203* ermögliche, Marihuana außerhalb der Illegalität zu nehmen. Die Gegner, darunter die Gouverneurin *Jan Brewer*, zusammenge schlossen im Komitee *Keep AZ Drug Free*, wendeten u.a. ein, die zulässigen Mengen seien weit mehr, als für Therapien notwendig, der Vorschlag führe zur Legalisierung durch die „Hintertür“, der Kampf gegen Drogen werde erschwert, und in Staaten, die Marihuana zu medizinischen Zwecken zulassen, zeige sich, dass lediglich 2-3% der registrierten Marihuana-Patienten tatsächlich schwerwiegende Krankheiten hätten. Die Befürworter sammelten insgesamt knapp 800.000 Dollar, die Gegner lediglich knapp 30.000.

In *Oregon* verlor die Gesetzesinitiative *Measure 74*. 1998 hatte das Volksbe gehren *Measure 67 (Oregon Medical Marijuana Act)* für Patienten, die eine staatliche Berechtigungskarte besitzen, die Erlaubnis eingeführt, bis zu sechs Marihanapflanzen halten zu dürfen. Außerdem durften bestimmte Züchter für bis zu vier Kartenbesitzer jeweils maximal sechs Pflanzen halten. Der Verkauf blieb verboten. Anfang 2010 gab es in Oregon ca. 35.000 Marihanaberechtigte und ca. 15.000 Züchter. *Measure 74* wollte darüber hinaus Abgabestellen für Kartenbesitzer lizenziieren und regulieren. Diese und überwachte Produzenten, die für Abgabestellen produzieren, könnten jeweils bis zu 24 Pflanzen bzw. 96 Unzen Marihuana vorhalten. Die Abgebenden bzw. Züchter könnten ihre Kosten in Rechnung stellen. Der Vorschlag wurde dem *Citizens' Initiative Review Process* unterworfen.⁵⁸ Dieses 2009 vom Parlament verabschiedete Verfahren konstituiert ein 24-köpfiges Bürgerpanel, das per Zufallsauswahl zusammengestellt ist und Volksbegehren begutachtet. Das *Citizens' Review Statement* wird im offiziellen *Voters's Pamphlet* veröffentlicht.⁵⁹ Oregon ist der erste Staat, der ein solches Verfahren 2011 dauerhaft gesetzlich implementiert hat.⁶⁰ Befürworter waren u.a. das Komitee *Coalition for Patients' Rights 2010*, die *Democratic Party of Oregon* und der frühere Bürgermeister von Portland, *Tom Potter*. Sie wendeten knapp 150.000 Dollar auf. Die Vorlage garantire u.a. den Patienten einen sicheren und schnellen Weg, Marihuana zu bekommen. Die Gegner, die knapp 35.000 Dollar aufwandten, sammelten sich im Komitee *Oregons Against Legalization of Marijuana*. Zu den Gegnern zählten u.a. die *Oregon District Attorneys*

58 Seit 2011 Oregon Revised Statutes Chapt. 250.137 bis 149.

59 *Measure 74 Citizens' Review Statement*, http://oregonvotes.org/pages/history/archive/nov022010/guide/m74_crs.html (8.2.2013); *Healthy Democracy Oregon*, <http://www.healthydemocracyoregon.org/about> (8.2.2013); Oregon Revised Statutes Chapt. 250.141 Sec.(3).

60 *Healthy Democracy Oregon* (Fn. 59).

Association, die *Oregon State Sheriffs' Association* und die *Oregon Association of Chiefs of Police*. Die Ausdehnung der Abgabestellen und der Produktion erweiterte die Möglichkeiten krimineller Aktivität.

Ebenfalls verloren hat *Measure 13* in *South Dakota*. Die Gesetzesinitiative wollte den Besitz und Gebrauch von bis zu sechs Pflanzen und einer Unze Marihuana für medizinische Zwecke speziell registrierten Patienten gestatten. Bereits 2006 war *Measure 4* mit diesem Anliegen gescheitert. Die Befürworter, organisiert im Komitee *Yes for Compassion, Yes on 13!*, betonten, dass für bestimmte Leiden Marihuana die effektivste Behandlungsmethode sei. Sie sammelten knapp 79.000 Dollar. Die Gegner, u.a. Polizisten und Staatsanwälte, sammelten lediglich knapp 28.000 Dollar. Sie führten an, die Vorlage würde die Drogenbekämpfung erschweren.

Die vierte Initiative ging am weitesten: So wollte in *Kalifornien* die Gesetzesinitiative *Proposition 19* den Besitz, den Anbau und den Transport von Marihuana für Personen ab 21 Jahren zum persönlichen Gebrauch in bestimmtem Umfang gestatten und den Kommunen bzw. dem Staat die Regulierung und Besteuerung der kommerziellen Produktion, der Verteilung und des Verkaufs an Personen ab 21 Jahren ermöglichen. Verboten blieben der Besitz von Marihuana in Schulen, der öffentliche Gebrauch, das Rauchen in Anwesenheit von Minderjährigen und Autofahren unter Marihuanaeinfluss. Nach Schätzungen hätten so jährlich zusätzliche Steuereinnahmen von Hunderten von Millionen Dollar entstehen können. Außerdem hätten sich erhebliche Strafverfolgungskosten einsparen lassen. Bereits 1996 hatten die KalifornierInnen als erste in den USA eine Gesetzesinitiative (*Proposition 215*) gebilligt, die den Anbau und Gebrauch von Marihuana zu medizinischen Zwecken legalisierte.⁶¹ Obwohl Bundesrecht diesen Gebrauch auch weiterhin verbietet, verfolgen die Bundesbehörden keine Taten, die im Einklang mit Gliedstaatengesetzen zum medizinischen Gebrauch von Marihuana stehen. Auch *Proposition 19* widerspricht Bundesrecht.⁶² Bei Annahme wäre Kalifornien der erste Staat weltweit gewesen, der kommerzielle Marihuana-Aktivitäten für nichtmedizinische Zwecke erlaubt und deren Besteuerung ermöglicht hätte. Dies hätte der bisherigen weltweiten Antidrogenpolitik widersprochen. Auch deshalb erregte *Proposition 19* internationales Aufsehen.⁶³ *Proposition 19* verlor relativ knapp mit 46,5% Ja-Stimmen. Mehrheiten gab es unter

61 *The Economist*, July 15th 2010, The Law of the weed. California, ever a global leader in cannabis matters, may forge ahead again, <http://www.economist.com/node/16591136> (2.2.2013).

62 *Bowen*, Guide (Fn. 24), S. 12, 14, <http://vig.cdn.sos.ca.gov/2010/general/pdf/english/front-cover.pdf> (2.2.2013).

63 Vgl. *Economist*, Law (Fn. 61); *M. Borowski*, Kalifornien rüttelt am globalen Drogenverbot, in: *Financial Times Deutschland* v. 28.10.2010, S. 13; *B. Ambühl*, Cannabis-Legalisierung in Kalifornien – eine Frage der Zeit, in: *NZZ*, Int. Ausgabe v. 12.1. 2011, S. 7.

Demokraten, unabhängigen Wählern und in der Altersgruppe 18-34, nicht jedoch unter Latinos und Afro-Amerikanern.⁶⁴ In Umfragen sprachen sich zeitweilig insgesamt Mehrheiten für die Vorlage aus. Von den kalifornischen Zeitungen votierten mehr gegen als für den Gesetzentwurf. Initiatoren des sog. *Regulate, Control and Tax Cannabis Act of 2010* waren die „Marihuana-Aktivisten“ *Richard Lee*, Gründer der sog. *Oaksterdam University* in Oakland, die nach eigenen Worten eine Ausbildung mit dem „highest quality training for the cannabis industry“ bietet,⁶⁵ und *Jeffrey Wayne Jones*. Zu den Unterstützern zählten u.a. eine Fülle von Politikern, Juristen, Polizisten, Stadträten, Gewerkschaften, Berufsvereinigungen und Untergliederungen der demokratischen Partei. Sie sammelten 4,7 Mio. Dollar, darunter über 1.700 Einzelspenden. Der Milliardär *George Soros* gab eine Mio. Dollar Die Unterschriftenkampagne hatte die Agentur *Masterson & Wright* gegen Zahlung von knapp einer Mio. Dollar organisiert. *Proposition 19* wolle Marihuana wie Alkohol behandeln. Das strikte Verbot sei wirkungslos geblieben. Die Strafverfolgungsbehörden würden entlastet und könnten schwerwiegender Kriminalität verstärkt bekämpfen. Drogenkriminalität werde der Boden entzogen und der Staat bekäme Milliarden neuer Steuereinnahmen. Die Gegner, unter ihnen das „politische Establishment“ wie die beiden kalifornischen US-Senatorinnen *Dianne Feinstein* und *Barbara Boxer* von der demokratischen Partei, die Kandidaten für das Amt des Gouverneurs, *Jerry Brown* (Demokrat) und *Meg Whitman* (Republikanerin), der scheidende republikanische Gouverneur *Arnold Schwarzenegger*, die *National Black Church Initiative*, *Mothers Against Drunk Driving*, die *California Police Chief Association* und die *League of California Cities*, wendeten lediglich knapp 0,4 Mio. Dollar auf. *Proposition 19* gebe Arbeitgebern keine hinreichenden Möglichkeiten, gegen Arbeitnehmer, die Marihuana konsumieren, insbesondere gegen „stoned“ Schulbusfahrer vorzugehen. Die Vorlage definiere nicht, was „driving under the influence“ bedeute. Bundesgesetzliche Vorgaben könnten nicht mehr eingehalten werden. Dies könne Millionen Fördergelder des Bundes kosten.

2. Sonstiges

In *Colorado* versuchte *Proposition 102*, die Voraussetzungen für eine Freilassung von Angeklagten aus der Untersuchungshaft auf Kaution zu erschweren. Dadurch solle die Anwesenheit vor Gericht sichergestellt werden. Die Gegner kritisierten, hierdurch würden ärmere Gefangene benachteiligt. Die Kosten des

64 M. Baldassare/D. Bonner/S. Petek/N. Willcoxon, Californians and their Government, Dec. 2010, S. 9, <http://www.ppic.org/main/publication.asp?i=964> (2.3.2013).

65 <http://oaksterdamuniversity.com> (14.4.2013).

Staates würden sich um ca. 2,8 Mio. Dollar pro Jahr erhöhen. Nur die Gegner wendeten finanzielle Mittel auf, nämlich 0,14 Mio. Dollar. Die Vorlage verlor mit 62% Nein-Stimmen.

In *Oregon* verschärfte *Measure 73* die Mindeststrafe für schwere Sexualstraf- taten bei Rückfalltätern auf 25 Jahre und setzte eine Mindesthaftstrafe von 90 Tagen bei der dritten Verurteilung für Fahren unter dem Einfluss von Rauschmit- teln fest. Dies verursacht ca. 20 bis 30 Mio. Dollar pro Jahr zusätzliche staatliche Kosten. 56,9% der BürgerInnen stimmten für die Vorlage. Die Befürworter, ins- besondere organisiert im Komitee *Parents Education Association*, wendeten lediglich gut 38.000 Dollar auf, die Gegner hingegen 1,8 Mio., vorwiegend im Komitee *Defend Oregon* organisiert.⁶⁶ Die Befürworter betonten den Schutz potentieller Opfer vor den katastrophalen Folgen sexueller Verbrechen und betrunkener bzw. berauschter Autofahrer. Dieser Schutz rechtfertigte höhere Kosten für den Staat. Die Gegner führten u.a. die höheren Kosten ins Feld, für deren Gegenfinanzierung die Initiative nicht sorge. Es drohten Kürzungen von Bildungsausgaben und noch stärker überfüllte Gefängnisse. Die Zeitungen sprachen sich überwiegend gegen die Vorlage aus; ebenso 21 der insgesamt 24 Mitglieder des *Citizens' Initiative Review Process*.⁶⁷

VII. Glücksspiel

Von vier Initiativen war lediglich eine erfolgreich.

Question 1 konnte sich 2010 in *Maine* mit 50,4% Ja-Stimmen knapp durchsetzen. Die Gesetzesinitiative erlaubt die Zulassung eines Kasinos in Oxford County. Bereits 2003, 2007 und zuletzt 2008 gab es Volksentscheide über Glücksspielfragen. Die Initiative für ein Kasino in Oxford County scheiterte 2008 noch.⁶⁸ Nunmehr war das Glücksspielunternehmen *Black Bear Entertainment* erfolgreich. 46% der Nettoeinnahmen kommen dem Staat insbesondere für Bildungszwecke zugute. Die Befürworter, insbesondere die Glücksspielinvestoren *Bob* und *Gary Bahre*, die sich den verschleiernden Komiteenamen *Maine Taxpayers Taking Charge* gaben, wendeten insgesamt 4,4 Mio. Dollar auf. Zu den Gegnern zählte u.a. Gouverneur *John Baldacci*. Die Finanzen von 0,8 Mio. Dollar stammten u.a. von konkurrierenden Glücksspielunternehmen wie u.a. *Penn National Gaming*. Diese versteckten sich hinter dem Komiteenamen *Citizens Against the Oxford Casino*.

66 Dies setzte sich auch für *Measure 66* und *67* ein.

67 Vgl. o. unter C.VI.1. bei *Measure 74*.

68 Vgl. *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 189.

2011 scheiterte in *Maine* der Versuch, über die bisher genehmigten 1.500 Glücksspielautomaten hinaus weitere Glücksspielautomaten im Bereich von Pferderennbahnen zuzulassen. Die Gesetzesinitiative *Question 2* stammte von Unternehmen der Glücksspielindustrie, die insgesamt 4,2 Mio. Dollar einsetzten. Sie argumentierten mit dem Gewinn von Arbeitsplätzen und jährlich ca. 50 Mio. Dollar Steuereinnahmen. Die Gegner, vor allem konkurrierende Glücksspielunternehmen wie *Penn National Gaming* und *Black Bear Entertainment*, wandten 2,4 Mio. Dollar auf.

Ebenso scheiterte 2011 in *Maine* die Gesetzesinitiative *Question 3*. Danach sollte ein Kasino in Lewiston zulässig sein. Auch hier stammten die Kampagnenaufwendungen von 0,6 Mio. Dollar im Wesentlichen von Unternehmen der Glücksspielindustrie, die wieder mit Arbeitsplatzgewinnen argumentierten. Die Gegner waren dieselben wie bei *Question 2*, die mit den dort mobilisierten Geldern auch *Question 3* bekämpften.

Abgesehen von Maine gab es noch in *Oregon* eine Gesetzesinitiative zur Zulassung eines Kasinos. *Measure 75* verlor mit fast 70% Nein-Stimmen. Auf dem Areal einer ehemaligen Hunderennbahn sollte die Anlage entstehen. 25% der Einnahmen, zwischen 80 und 140 Mio. Dollar, waren für öffentliche Zwecke bestimmt. Auch hier zeigte sich ein ähnliches Befürworter- und Gegermuster wie in Maine: nämlich auf beiden Seiten konkurrierende Glücksspielunternehmen. Die Befürworter priesen zusätzliche Staatseinnahmen und Arbeitsplätze. Sie mobilisierten 1,6 Mio. Dollar. Die Gegner, zu denen auch Abgeordnete zählten, wandten knapp 0,7 Mio. auf. Sie verwiesen u.a. auf Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

VIII. Abtreibung/Stammzellforschung/Sterbehilfe

Wie 2008 gab es auch 2010/2011 drei Vorlagen zur Thematik des Schwangerschaftsabbruches. Zwei verloren, eine gewann. Andere Initiativen gab es nicht.

Die Verfassungsinitiativen in *Colorado* (*Amendment 62*) und *Mississippi* (*Initiative 26*) hatten zum Ziel, jedes menschliche Wesen vom Zeitpunkt der Befruchtung oder eines ähnlichen extrakorporalen Vorganges an als „Person“ zu definieren. Sie richteten sich gegen die in den USA aufgrund der US Supreme Court Entscheidung *Roe v. Wade* seit 1973 geltende Fristenlösung.⁶⁹ Beide Vorlagen verloren deutlich. *Amendment 62* entsprach im Wesentlichen *Amendment 48* in 2008.⁷⁰ In Mississippi weigerte sich die Mehrheit des dortigen Supreme Courts, *Initiative 26* vor der Abstimmung für verfassungswidrig zu erklären und

69 Vgl. *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 190.

70 *Ebd.*, S. 190.

so eine Abstimmung darüber zu verhindern. Zwar bestimme Art. 15 Sec. 273(5)(a) der Staatsverfassung, dass von Initiativen der landesverfassungsrechtliche Grundrechtskatalog ausgenommen sei.⁷¹ Eine Prüfung anhand dieses Maßstabes sei jedoch eine materielle Prüfung. Diese könne aber – der in den USA herrschenden Meinung des *Post-Election Review* folgend, dass nur bereits beschlossene Gesetze dem materiellen Prüfungsrecht unterliegen⁷² – vor der Abstimmung nicht stattfinden.⁷³ Träger beider Initiativen war die Organisation *Personhood Colorado* bzw. *Personhood Mississippi*, in Mississippi unterstützt u.a. von *Catholic Social and Community Services* und dem republikanischen Gouverneur *Haley Barbor*, in Colorado vom dortigen republikanischen Kandidaten für die Gouverneurswahl, *Scott McInnis*. Gegner waren u.a. *Planned Parenthood* und die *Mississippi State Medical Association*. Sie befürchteten insbesondere die Einschränkung der ärztlichen Therapiefreiheit, des Rechts auf Abtreibung, der Stammzellforschung und unklare rechtliche Folgen. In Colorado sammelten die Befürworter 0,25 Mio. Dollar, darunter Hunderte von Einzelpendlern. Die Gegner konnten hingegen 1,8 Mio. Dollar aufwenden, darunter ebenfalls Hunderte von Einzelpendlern. In Mississippi waren die jeweiligen Aufwendungen weniger als 0,05 Mio. Dollar.

Die Gesetzesinitiative *Ballot Measure 1* in Alaska sieht vor, dass Eltern minderjähriger Schwangerer vor einer Abtreibung vom Arzt in der Regel zu benachrichtigen sind. Eine entsprechende Initiative scheiterte 2008 in Kalifornien.⁷⁴ Ausnahmen gelten u.a. bei sexuellem Missbrauch durch die Eltern. Eine Benachrichtigungspflicht sah schon ein Parlamentsgesetz von 1997 vor, das jedoch aufgrund gerichtlicher Entscheidungen nicht zur Anwendung gekommen war. *Ballot Measure 1* versucht, den gerichtlichen Einwänden Rechnung zu tragen. Sie gewann mit 56,1% Ja-Stimmen. Der Anchorage Superior Court bestätigte 2012 die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes im Wesentlichen.⁷⁵ Die Befürworter, darunter die ehemalige republikanische Gouverneurin *Sarah Palin* und die katholische Kirche, betonten das Erziehungsrecht der Eltern und den Schutz der Gesundheit der Tochter. Die Gegner, insbesondere *Planned Parenthood* und die *American*

71 Vgl. ders., Volksgesetzgebung (Fn. 32), S. 116.

72 Vgl. ders., Minorities and Direct Democracy in the USA: Direct Legislation Concerning Minorities and Instruments of Minority-Protection, in: W. Marxer (Hrsg.), Direct Democracy in Modern Europe, Bd. 3: Direct Democracy and Minorities, 2012, S. 123 (139, m.w.N.).

73 Mississippi Supreme Court, *Hughes et al. v. Hosemann et al.*, NO. 2010-CA-01949-SCT, S. 8-11 (2011), <http://courts.ms.gov/Images/Opinions/CO71836.pdf#xml=http://courts.ms.gov/isys/isysquery/e3ec34d2-91ff-4624-a695-826bc4133eca/4/hilite/> (18.1.2013).

74 *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 190 f.

75 Y. Rosen, Court upholds Alaska's parental-notice law on abortions for minors, <http://www.reuters.com/article/2012/10/10/us-usa-alaska-abortion-idUSBRE89903O20121010> (20.1.2013).

Civil Liberties Union, waren der Ansicht, Gesetze könnten keine Familienkommunikation erzwingen. Die Gesundheit der Schwangeren geriete in Gefahr. Die Befürworter sammelten knapp 0,2 Mio. Dollar, darunter mehr als 500 Einzelspenden, die Gegner knapp 0,6 Mio.

IX. Bildung

Sowohl 2010 als auch 2011 gab es jeweils eine Initiative für die Schulbildung. Beide verloren deutlich mit mehr als 80% (Oklahoma) und 60% (Colorado) Nein-Stimmen.

In *Oklahoma* verlangte die Verfassungsinitiative *State Question 744*, das verfassungsrechtliche Minimum der Ausgaben pro Schüler anzuheben. Für den Schulbetrieb sei mindestens der Durchschnitt der Ausgaben aller Nachbarstaaten von Oklahoma aufzuwenden. Der von der Lehrergewerkschaft *Oklahoma Education Association* lancierte Vorschlag sah Mehreinnahmen nicht vor. Oklahoma brauche höhere Bildungsausgaben, um konkurrenzfähig zu sein. Ein breites Bündnis der Gegner (*One Oklahoma Coalition*), darunter sowohl Selbstständige als auch Staatsbedienstete, kritisierten fehlende Finanzierungsvorschläge und befürchteten den Abbau anderer Staatsleistungen bzw. ein höheres Staatsdefizit. Die Befürworter brachten 4,1 Mio. Dollar auf, die Gegner 2,4 Mio.

2011 strebte in *Colorado* die Gesetzesinitiative *Proposition 103* an, für fünf Jahre befristet die staatliche Einkommensteuer von 4,63% auf 5,0% und die Verkaufsteuer von 2,9% auf 3% anzuheben, um die Mehreinnahmen von insgesamt ca. 3 Mrd. Dollar für die Schulbildung zu verwenden. Befürworter waren u.a. Parlamentsmitglieder, die Lehrergewerkschaft *Colorado Education Association* und Bildungsexperten. Die Mittel seien notwendig, um Kürzungen der letzten Jahre auszugleichen, die Wirtschaft konkurrenzfähig zu halten und allen Bürgern Bildungschancen zu geben. Colorado wende mit am wenigsten für Schulbildung auf. Steuererhöhungen benötigen in Colorado die Zustimmung der Bürger in einem Volksentscheid. Die Gegner, darunter Mitglieder der Legislative und Steuerzahlervereinigungen, befürchteten u.a. negative Auswirkungen für die Erholung der Wirtschaft, insbesondere Arbeitsplatzverluste. Höhere Bildung sei eine private Angelegenheit. Die finanziellen Aufwendungen der Kampagnen waren mit 0,4 (Pro) bzw. 0,01 (Contra) Mio. Dollar relativ gering.

X. Umweltschutz

Es gab drei Vorschläge: einen zum Klimaschutz und zwei zur Finanzierung von Parks und Naturschutz.

Die spektakulärste Vorlage, die auch international auf Interesse stieß,⁷⁶ war *Proposition 23* in Kalifornien. Sie verlor deutlich mit über 60% Nein-Stimmen. Die Gesetzesinitiative wollte das Parlamentsgesetz *Assembly Bill 32 (AB 32)* von 2006 solange suspendieren, bis die Arbeitslosigkeit in Kalifornien ein Jahr lang maximal 5,5% beträgt. *AB 32* bestimmt durch eine Vielzahl von Regelungen, dass der CO₂-Ausstoß in Kalifornien bis 2020 auf das Niveau von 1990 reduziert wird. Dies ist – jedenfalls für die USA – vorbildlich.⁷⁷ 2010 betrug die Arbeitslosigkeit mehr als 12%. Sie lag seit 1970 nur dreimal bei max. 5,5%, zuletzt 2005–2007. Die wirtschaftlichen Auswirkungen von *AB 32* waren umstritten. Die allermeisten Zeitungen nahmen gegen die Initiative Stellung. Die Initiative wurde mit Hilfe der politischen Berateragentur *National Petition Management* für die Abstimmung qualifiziert, welche die Unterschriftensammlung mit einem Kostenaufwand von 2,2 Mio. Dollar durchführte. Unterstützer von *Proposition 23* waren u.a. die *California Republican Party* und insbesondere die Ölindustrie, u.a. die texanischen Firmen *Valero* und *Tesoro Corp.*, die allein fünf bzw. zwei Mio. Dollar bereitstellten. 70% des Geldes stammte von außerhalb Kaliforniens. Insgesamt brachten die Befürworter 10,7 Mio. Dollar auf. Für sie verteuerte *AB 32* die Energiekosten in Kalifornien und führe zu Arbeitsplatzverlusten. Demgegenüber erhalte *Proposition 23* Kaliforniens strenge Umweltgesetzgebung, ohne wirtschaftliche Einbußen, Steuerrückgänge und die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen zu riskieren. Die Implementierung werde lediglich aufgeschoben, bis die Wirtschaft sich erholt habe. Erneuerbare Energien könnten auch so entstehen. Die Gegner, darunter die *American Lung Association*, die *League of Women Voters*, *Warner Brothers Entertainment*, eine Vielzahl von Handelskammern, Windkraft- und Solarunternehmen und der frühere republikanische Gouverneur *Arnold Schwarzenegger*, schlossen sich in elf verschiedenen Komitees zusammen. Für den Abstimmungskampf brachten sie insgesamt das Dreifache der Befürworter auf, nämlich 33,2 Mio. Dollar. Das größte Komitee war *No On 23 – Californians To Stop Dirty Energy Proposition* mit 25,8 Mio. Dollar. Knapp 60% der Spenden stammten von Einzelpersonen, darunter der Milliardär *Thomas F. Steyer*⁷⁸ mit fünf Mio. und *Bill Gates* mit 0,7 Mio. Die zweitgrößte Spende in Höhe von 3,0 Mio. stammte von der *National Wildlife Federation*. Sie wendeten ein, *Proposition 23* stamme von der Ölindustrie, setze *AB 32* auf unabsehbare Zeit aus, erhöhe die Luftverschmutzung, vernichte Arbeitsplätze, insbe-

76 Vgl. *W. Tauber*, Im grünen Westen, *Die Zeit* v. 11.11.2010, S. 34; *C. Wernicke*, Absturz des Vorreiters, *SZ* v. 1.10.2010, S.10.

77 *Tauber*, Westen (Fn. 76), S. 34.

78 Vgl. o. C.I.3. (*Proposition 26*).

sondere in der Windkraft- und Solarindustrie,⁷⁹ zementiere die Ölabhängigkeit und gefährde so die nationale Sicherheit.

In Kalifornien verlor auch *Proposition 21*. Die Gesetzesinitiative wollte eine zusätzliche jährliche Autoabgabe (*Vehicle License Fee*) von 18 Dollar einführen. Die zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 500 Mio. Dollar sollten den über 300 staatlichen Parks und dem Naturschutz zugute kommen. Unterstützer waren insbesondere Naturschutzorganisationen. Sie wollten sicherstellen, dass die Staatsparks, die seit Jahren vernachlässigt worden seien, und die Umwelt unterhalten und für kommende Generationen gesichert würden. Sie brachten insgesamt 10,3 Mio. Dollar auf. Die Gegner, darunter Steuerzahlervereinigungen, sammelten lediglich 0,07 Mio. Dollar. Das Anliegen an sich sei zwar berechtigt. Es dürfe jedoch keine höhere Priorität als andere Staatsaufgaben haben. Es sei ein weiterer Versuch des „ballot-box budgeting“, der das Parlament daran hindere, Ausgabenprioritäten zu setzen. Nur wirkliche Budgetreformen würden helfen, keine neuen Steuern.

Measure 76 in Oregon gewann mit breiter Mehrheit. Die Verfassungsinitiative verlängert die Finanzierung von Naturparks und anderen Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen aus 15% der Einnahmen der staatlichen Lotterie. Diese in der Verfassung festgelegte Zweckbindung der Lotterieeinnahmen wäre 2014 ausgelaufen und hätte dann zur Fortsetzung einen Volksentscheid erfordert. *Measure 76* hebt dieses Referendumserfordernis auf und setzt die Zweckbindung dauerhaft fort. Die Unterschriftensammlung organisierte die Agentur *PCI Consultants* mit Sitz in Kalifornien. Dabei kam es zu Unregelmäßigkeiten. Die Vorlage fand Unterstützung bei Naturfreunden, Gewerkschaften und der Demokratischen Partei. Sie brachten insgesamt 3,2 Mio. Dollar auf, darunter mehr als 600 Einzelspenden. Widersacher hatte die Vorlage kaum. Lediglich 34.500 Dollar wurden dagegen mobilisiert.

XI. Tierschutz

Wie auch 2008 gab es 2010 drei Tierschützer-Vorlagen.⁸⁰

Zwei waren siegreich. Zum einen *Proposition B* in Missouri. Die Gesetzesinitiative bestimmt, dass große Hundezüchter für jeden Hund u.a. genügend Futter, sauberes Wasser und genügend Raum vorhalten und nicht mehr als 50 Zuchthunde halten dürfen. Die Befürworter brachten 4,7 Mio. Dollar auf, darunter knapp 700 Einzelspenden. Das Gesetz sei notwendig, um die Tierquälerei in der Massentierhaltung zu verhindern. Die Gegner, insbesondere Hundezüchter und

79 Vgl. Tauber, Westen (Fn. 76), S. 34.

80 Vgl. Heußner, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 194.

Farmerorganisationen, wendeten ein, die Vorlage helfe Hunden nicht; als nächstes gerieten außerdem andere Tierhalter ins Visier der Tierschützer. Die Gegner wendeten 5,0 Mio. Dollar auf. Das Parlament hat *Proposition B* 2011 in Form eines Kompromisses abgeschwächt.⁸¹

Zum anderen gewann *I-161* in *Montana*. Das Volksgesetz schafft Jagdlizenzz Kontingente von nicht in Montana ansässigen Bürgern ab, die an die Nutzung eines „Outfitters“ gebunden sind, erhöht die Gebühren für Jagdlizenzen von nicht ansässigen Bürgern und nutzt die Gebühren u.a. für die Pflege der Tierbestände und des Jagdzugangs. Die kommerzielle und privatisierte Jagd mithilfe von Outfitters sei inakzeptabel, so die Befürworter, darunter *Montana Public Wildlife*. Die Gegner, u.a. die *National Rifle Association* und die *Montana Chamber of Commerce*, befürchteten insbesondere Nachteile für die Wirtschaft. Die Befürworter wendeten 0,05 Mio. Dollar auf, die Gegner 0,15 Mio. Dollar.

Initiated Statutory Measure 2 in *North Dakota* verlor. Die Gesetzesinitiative wollte die kommerzielle Jagd von Großwild, das aus umzäunten Gehegen stammt, verbieten. Unterstützer, die lediglich 0,02 Mio. Dollar aufbrachten, waren u.a. die *Humane Society*. Die Initiative solle „the bankrupt image of paid shooting of captive animals“ bekämpfen. Die Gegner, darunter das *North Dakota Farm Bureau*, beklagten die Verletzung von Eigentumsrechten. Sie mobilisierten 0,3 Mio. Dollar.

D. Bewertung der Volksgesetzgebung 2010/2011⁸²

I. Funktionen

Volksgesetzgebung dient verschiedenen Funktionen: Die „Frageseite“ des Verfahrens, auf der Gruppen aus dem Volk ein Begehr auf den Weg bringen, soll u.a. Innovation, Protest und Opposition ermöglichen. Die „Antwortseite“, auf der die Wählerschaft im Anschluss an den Abstimmungskampf im Volksentscheid über das Begehr befindet, hat u.a. Partizipation, Korrektur und Integration zum Ziel.⁸³ Teilweise kommen diese Funktionen auf beiden Verfahrensseiten vor.

Die Korrekturfunktion wurde auch 2010/2011 erfüllt. Denn die Initiativen waren zu 43,5% (2010) bzw. 50% (2011) erfolgreich. Sie konnten die Gesetzge-

81 K. Wall, Compromise on Missouri dog-breeding regulations becomes law, <http://www.examiner.com/article/compromise-on-missouri-dog-breeding-regulations-becomes-law> (23.1.2013)

82 Die Bewertung lehnt sich an das 2008 verwendete Schema an, s. Heußner, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 194 ff.

83 Vgl. Heußner, Volksgesetzgebung (Fn. 32), S. 73 f., 80 ff. – J. Rux, Direkte Demokratie in Deutschland, 2008, S. 83 f., 106 f. nennt Kommunikations- und Korrektivfunktionen.

bung massiv korrigieren. Auch die Partizipationsfunktion kam zum Zuge. So hatten in Kalifornien 2010 bei den allgemeinen Wahlen am 2. November fünf der neun Initiativen eine größere Abstimmungsbeteiligung aufzuweisen als die Wahlen zur *State Assembly*. Hervorstechend ist diesmal *Proposition 19* (Legalisierung von Marihuana), die eine fünf Prozentpunkte höhere Legitimationsbasis hat als die untere Kammer des Parlaments.⁸⁴ Das Volksgesetzgebungsverfahren transportierte 2010/2011 Anliegen breiter Bevölkerungsschichten für oder gegen bestimmte Themen. Dies zeigt u.a. die Spendenbereitschaft vieler Einzelpersonen in Abstimmungen über Steuererhöhungen, Bebauungspläne und Baugenehmigungen, Gewerkschaftsrechte, Krankenversicherung, Marihuana, Abtreibung, Umweltschutz und Tierschutz. In diesen und anderen Initiativen artikulierte sich Protest, und Opposition konnte gegen als nicht hinreichend responsiv wahrgenommene Parlamente wirksam werden. Dies gilt im besonderen Maße für den Kampf um Gewerkschaftsrechte in Ohio 2011 (*Issue 2*) und für die Auseinandersetzung um die Legalisierung von Marihuana, insbesondere in Kalifornien (*Proposition 19*). Die Kalifornier retteten auch ihr 2008 eingeführtes innovatives System der Wahlkreisneueinteilung gegen Versuche v.a. der demokratischen Partei und der Gewerkschaften, diese wieder in die Kompetenz des Parlaments zurück zu holen (*Proposition 27*). Auch *Proposition 25* hat in Kalifornien einen historischen Beitrag geleistet, die dort seit Jahrzehnten immer wieder auftretenden parlamentarischen Haushaltsblockaden zu überwinden, indem für die Verabschiedung des Staatshaushaltes zukünftig eine einfache Parlamentsmehrheit ausreicht. Allerdings dehnten die Wähler dort auch das parlamentarische 2/3-Mehrheitserfordernis für Steuererhöhungen auf Gebühren und Beiträge aus (*Proposition 26*). Insgesamt betrachtet war Volksgesetzgebung auch 2010/ 2011 geeignet, die Staatsbürger in stärkerem Maße in den politischen Prozess zu integrieren, als dies im rein repräsentativen System möglich gewesen wäre.

II. Inhalte

Minderheitensensible Themen kamen 2010/2011 im Rahmen von Volksgesetzgebung kaum zur Abstimmung.⁸⁵ Viele Volksentscheide standen jedoch im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Umfangreiche Steuersenkungen lehnten die Wähler nicht nur ab (Massachusetts, Colorado), sondern billigten gleichzeitig parlamentarische Steuererhöhungen, die alle treffen (Massachusetts). Sie erlagen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht der Versuchung, zugunsten erheblicher eigener Steuerersparnisse das Gemeinwohl aufs Spiel zu setzen. Eben-

84 Vgl. o. B.

85 Zu 2008 s. Heußner, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 195 f.

so waren Versuche vergeblich, Steuererhöhungen für Reiche rückgängig zu machen (Oregon). Umgekehrt scheiterte aber auch die Einführung einer Reichensteuer (Washington) bzw. die Abschaffung von Steuervorteilen für Unternehmen (Kalifornien). Steuern auf Limonaden und Süßigkeiten (Washington) und Alkohol (Massachusetts) wurden gleichfalls abgelehnt. Fiskalisch verbuchten somit sowohl ausgeprägt konservative als auch ausgeprägt liberale Anliegen Erfolge.⁸⁶ Liberale Siege bzw. Abwehrerfolge gegenüber konservativen Anliegen überwogen im Bereich Wirtschaft/Verkehr/Arbeit/Konsumentenschutz. Dasselbe gilt im Rahmen von Wählerregistrierung und -identifikation. Im symbolischen Kampf um „Obama Care“ verbuchten sowohl Liberale (Colorado) als auch Konservative (Ohio) einen Sieg. Im Kampf um die Legalisierung von Marihuana konnten Liberale jedoch nur einen Sieg erringen (Arizona), konservative Erfolge gab es aber drei (Oregon, South Dakota, Kalifornien). Umgekehrt gab es im Bereich Abtreibung zwei liberale Abwehrerfolge (Colorado, Mississippi) und nur einen konservativen Sieg (Alaska), während sich im Bildungsbereich zweimal konservative Vorstellungen durchsetzten (Oklahoma, Colorado). Im Umweltschutz sticht die Niederlage der konservativen *Proposition 23* in Kalifornien heraus. Ideologisch hatten konservative Anliegen 2010 dadurch einen Vorteil, dass die *Tea-Party*-Bewegung konservative Wählerschichten stark mobilisiert hatte, was auch konservativen Vorlagen tendenziell nützlich war.⁸⁷ Gleichzeitig konstatierte jedoch das liberale Ballot Initiative Strategy Center: „.... it's easy to overlook the reality that voters by and large rejected right-wing ideology on ballot measures.“⁸⁸ Insgesamt betrachtet dürfte 2010/2011 deshalb ideologisch „neutral“ gewesen sein.

III. Geldeinfluss

Geld spielte auch 2010/2011 in vielen Kampagnen eine wichtige Rolle. Allein in Kalifornien wurden in den Abstimmungskämpfen über die insgesamt 14 Vorlagen 236 Mio. Dollar mobilisiert.⁸⁹ Wichtige Geldgeber waren u.a. Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften. Auch einige Milliardäre bzw. Wirtschaftsmagnaten versuchten erneut „ihr Glück“ (u.a. *Bill Gates, Steve Ballmer, Jeff Bezos, George Soros* und *Charles F. Munger*).

86 Zu bisherigen Beobachtungen vgl. u.a. *Heußner, Volksgesetzgebung* (Fn. 32), S. 192 ff.; *ders., US-Gliedstaaten 2008* (Fn. *), S. 195.

87 *Matsusaka, Ballot* (Fn. 1), S. 241, 243.

88 *Ballot Initiative Strategy Center, 2010 Post-Election Report*, 2010, S. 1, http://bisc.3cdn.net/30df3837a26add1552_84m6bxqdf.pdf (3.12.2010).

89 *National Institute on Money in State Politics*, http://www.followthemoney.org/database/StateGlance/state_ballot_measures.phtml?s=CA&y=2010 (2.4.2013).

Aufgrund einer Abschätzung kann davon ausgegangen werden, dass Initiativen mit einem deutlichen Befürworterübergewicht zu 58,3% siegten, während Gegner mit einem deutlichen Finanzübergewicht zu 76,5% die Vorlagen zu Fall brachten. In finanziell ausgeglichenen Abstimmungskämpfen betragen die Quoten hingegen 47,6% bzw. 52,4%. Legt man diese Quoten der finanziell ausgeglichenen Kampagnen als Maßstab zugrunde, so ergibt sich, dass der Anteil der Abstimmungskämpfe, deren Ausgang 2010/2011 tatsächlich entscheidend von einseitiger Finanzüberlegenheit bestimmt worden ist, 11,3% betrug. Dies sind sieben der 62 Initiativen und fakultativen Referenden.⁹⁰ Starke Finanzüberlegenheit dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit insbesondere bei Vorlagen entscheidend gewesen sein, die knapp ausgingen: so etwa in Maine bei *Question 1*, die „haarscharf“ mit 50,4% zu Gunsten der Glücksspielindustrie ausging, die aber fünfmal mehr Geldmittel zur Verfügung hatte als ihre Gegner (4,4 Mio. Dollar gegenüber 0,8 Mio.), oder in Arizona bei *Proposition 203*, die noch knapper mit nur 50,1% siegte, deren Befürworter aber mehr als das 25fache an finanzieller Kraft gegenüber ihren Kontrahenten aufbieten konnten (800.000 gegenüber 30.000 Dollar). Dies zeigt erneut, wie wichtig Transparenzregeln sind und dass einseitige Finanzüberlegenheit zu regulieren ist.⁹¹

2010/2011 machte aber auch wieder deutlich, dass Geld zwar die Wahrscheinlichkeit von Sieg oder Niederlage steigern kann, diese sich jedoch nicht „garantiert“ in jedem Fall kaufen oder erzwingen lassen. So war es wieder nicht selten, dass die deutlich finanzschwächere Seite gewann, z.B. in Fragen der Abtreibung (Alaska), der Legalisierung von Marihuana (Kalifornien, Oregon, South Dakota), des Glücksspiels (Oregon, Maine) und bestimmter Besteuerungen (Kalifornien, Montana). Insbesondere scheiterten auch wieder besonders selbstsüchtige Vorlagen, die z.B. die Elektrizitäts- bzw. Versicherungswirtschaft in Kalifornien mit über 300facher (*Proposition 16*) bzw. fast zehnfacher (*Proposition 17*) Überlegenheit „durchdrücken“ wollte.

Die zu starke Dominanz des Geldes in den US-Gliedstaaten wird schließlich wieder daran deutlich, dass insbesondere in Kalifornien kommerzielle Politikagenturen die Qualifikation der Vorlagen durchführen.⁹²

90 Anhang, Tabelle 5. Zu ähnlichen Schätzungen für frühere Abstimmungszeiträume vgl. Heußner, Volksgesetzgebung (Fn. 32), S. 327 ff., 330, 528 ff.; ders., US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 197 f. u. Anhang, Tabelle 3.

91 Näher *ebda.*, S. 171 f., 197 f. m.w.N.

92 Vgl. auch Heußner, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. *), S. 170, 198 f. m.w.N.

IV. Gesamtfazit

Auch 2010/2011 hat sich Volksgesetzgebung in den US-Gliedstaaten grundsätzlich bewährt. Die der Initiative und dem fakultativen Referendum zugesuchten Funktionen wurden im Wesentlichen erfüllt. Die für das amerikanische Volksgesetzgebungsverfahren typischen Mängel wie insbesondere zu großer Geldeinfluss und mangelnde Verbindung von Volks- und Parlamentsgesetzgebung⁹³ bestehen allerdings weiterhin. Innovativ ist aber der in Oregon eingeführte *Citizen's Initiative Review Process*,⁹⁴ der für die abstimmenden BürgerInnen eine zusätzliche Orientierungshilfe darstellt.

93 Näher ebda., S. 169 ff.; ders., Kalifornien (Fn. *), S. 179 jeweils m.w.N.

94 S. oben C.VI.1.

Anhang

Tabelle 1: Volksentscheide in den US-Gliedstaaten im Jahr 2010¹

Staat	Volksgesetzgebung			Verfassungsreferendum ²	Sonstiges ³	Gesamt
	Gesetzesinitiative	Verfassungsinitiative	Fakultatives Referendum ⁴			
Alabama	–	–	–	5/0	0	5/0
Alaska	2/1	–	0	1/0	2/2	5/3
Arizona	1/1	0	0	8/4	2/0	11/5
Arkansas	0	0	0	3/3	0	3/3
Colorado	2/0	4/0	0	3/1	0	9/1
Connec-ticut	–	–	–	0	0	0
Delaware	–	–	–	–	0	0
Florida	–	3/2	–	3/1	1/1	7/4
Georgia	–	–	–	5/3	1/1	6/4
Hawaii	–	–	–	2/2	0	2/2
Idaho	0	–	0	4/4	0	4/4
Illinois	–	0	–	0	1/1	1/1
Indiana	–	–	–	1/1	0	1/1
Iowa	–	–	–	1/1	1/0	2/1
Kalifornien	5/0	6/4	0	2/2	1/0	14/6

1 Anzahl der Abstimmungsvorlagen/Anzahl der angenommenen Vorlagen (Erfolge in Prozent).

2 Die Annahme der zur Abstimmung gestellten Verfassungsvorlage wird als Erfolg gezählt.

3 Gesetzesvorlagen des Parlaments (Florida, Georgia, Kalifornien, Missouri, Nevada, Oklahoma, Washington), Anleihevorlagen (Alaska, Maine, New Mexico, Rhode Island), Transfer von Geldern in das Staatsbudget hinein (Arizona), periodische Frage zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung (Iowa, Maryland, Michigan, Montana).

4 Eine Mehrheit gegen das Parlamentsgesetz wird als Erfolg des Referendums gezählt.

Kansas	–	–	–	2/2	0	2/2
Kentucky	–	–	0	0	0	0
Louisiana	–	–	–	12/10	0	12/10
Maine	1/1	–	1/1	0	6/6	7/7
Maryland	–	–	0	2/2	1/0	3/2
Massachusetts	3/1	0	0	0	0	3/1
Michigan	0	0	0	1/1	1/0	2/1
Minnesota	–	–	–	0	0	0
Mississippi	–	0	–	0	0	0
Missouri	2/2	1/1	0	2/2	1/1	6/6
Montana	2/2	1/1	0	0	1/0	4/3
Nebraska	0	0	0	3/2	0	3/2
Nevada	0	0	0	3/0	1/0	4/0
New Hampshire	–	–	–	0	0	0
New Jersey	–	–	–	1/1	0	1/1
New Mexico	–	–	0	5/3	4/3	9/6
New York	–	–	–	0	0	0
North Carolina	–	–	–	1/1	0	1/1
North Dakota	1/0	0	0	1/1	0	2/1
Ohio	0	0	0	2/2	0	2/2
Oklahoma	0	1/0	0	9/8	1/1	11/9
Oregon	3/1	1/1	2/0	5/5	0	11/7
Pennsylvania	–	–	–	0	0	0
Rhode Island	–	–	–	1/0	3/3	4/3

South Carolina	—	—	—	4/4	0	4/4
South Dakota	1/0	0	1/0	2/1	0	4/1
Tennessee	—	—	—	1/1	0	1/1
Texas	—	—	—	0	0	0
Utah	0	—	0	4/4	0	4/4
Vermont	—	—	—	1/1	0	1/1
Virginia	—	—	—	3/3	0	3/3
Washington	6/2	—	0	2/2	1/0	9/4
West Virginia	—	—	—	0	0	0
Wisconsin	—	—	—	0	0	0
Wyoming	0	—	0	0	0	0
Gesamt	29/11 (37,9%)	17/9 (52,9%)	4/1 (25,0%)	106/79 (74,5%)	28/18 (64,3%)	184/118 (64,1%)

Quellen: National Conference of State Legislatures (NCSL), State Ballot Measures Database, <http://www.ncsl.org/default.aspx?tabid=16580> (4.11.2012); Initiative and Referendum Institute (IRI), Ballotwatch No. 2 v. November 2010/6.11.2010, [http://www.iandrinstitute.org/BW%202010-2%20Election%20Results%20\(11-6\).pdf](http://www.iandrinstitute.org/BW%202010-2%20Election%20Results%20(11-6).pdf) (4.11.2012); eigene Zusammenstellung.

Tabelle 2: Volksentscheide in den US-Gliedstaaten im Jahr 2011⁵

Staat	Volksgesetzgebung			Verfassungsreferendum ⁶	Sonstiges ⁷	Gesamt
	Gesetzesinitiative	Verfassungsinitiative	Fakultatives Referendum ⁸			
Arkansas	0	0	0	0	1/1	1/1
Colorado	1/0	0	0	0	0	1/0
Louisiana	–	–	–	6/4	0	6/4
Maine	2/0	–	1/1	1/1	0	4/2
Mississippi	–	3/2	–	0	0	3/2
New Jersey	–	–	–	1/1	0	1/1
Ohio	0	1/1	1/1	1/0	0	3/2
Texas	–	–	–	10/7	0	10/7
Washington	3/2	–	0	2/2	0	5/4
Gesamt	6/2 (33,3%)	4/3 (75,0%)	2/2 (100%)	21/15 (71,4%)	1/1 (100%)	34/23 (67,6%)

Quellen: National Conference of State Legislatures (NCSL), State Ballot Measures Database, <http://www.ncsl.org/default.aspx?tabid=16580> (4.11.2012); Initiative and Referendum Institute (IRI), Ballotwatch No. 2 v. Dezember 2011, <http://www.iandrinstitute.org/BW%202011-2%20Election%20Results.pdf> (4.11.2012); eigene Zusammenstellung.

5 Anzahl der Abstimmungsvorlagen/Anzahl der angenommenen Vorlagen (Erfolge in Prozent).

6 Annahme der zur Abstimmung gestellten Verfassungsvorlage wird als Erfolg gezählt.

7 Anleihevorlagen (Arkansas).

8 Eine Mehrheit gegen das Parlamentsgesetz wird als Erfolg des Referendums gezählt.

Tabelle 3: Abgestimmte Gesetzesinitiativen (GI), Verfassungsinitiativen (VI) und fakultative Referenden (R)⁹ in den US-Gliedstaaten im Jahr 2010

Staat	Art der Vorlage	Bezeichnung	Thema	Ja in %	Erfolg
Alaska					
	GI	Ballot Measure 1	Verbot der Nutzung öffentlicher Gelder für politische Kampagnen	39,2	-
	GI	Ballot Measure 2	Mitteilung an Eltern vor Abtreibung bei Minderjährigen	56,1	+
Arizona					
	GI	Proposition 203	Zulassung von Marihuana für medizinische Zwecke	50,1	+
Colorado					
	VI	Amendment 60	Kürzung der Grundsteuern	24,5	-
	VI	Amendment 61	Verbot/Begrenzung von Staats- bzw. Kommunalschulden	27,0	-
	VI	Amendment 62	Menschenrechte ab Zeugung	29,5	-
	VI	Amendment 63	Gegen obligatorische Krankenversicherung	46,9	-
	GI	Proposition 101	Reduzierung der Einkommensteuer und weiterer Steuern	32,3	-
	GI	Proposition 102	Erschwerung der Entlassung aus U-Haft	38,0	-
Florida					
	VI	Amendment 4	Obligatorisches Referendum für Bebauungspläne	32,9	-
	VI	Amendment 5	Standards für Wahlkreisneueinteilung für Staatenparlament	62,9	+
	VI	Amendment 6	Standards für Wahlkreisneueinteilung für US-Kongress	62,9	+
Kalifornien					
	VI	Proposition 16	Expansion kommunaler Elektrizitätsanbieter nur bei 2/3-Mehrheit in obligatorischem Referendum	47,2	-
	VI	Proposition 20	Wahlkreisneueinteilung für US-Kongress durch Bürgerkommission	61,3	+
	VI	Proposition 22	Verbot Verkehrs- und kommunale Finanzen für andere/staatliche Aufgaben zu verwenden	60,7	+

9 Eine Mehrheit gegen das Parlamentsgesetz wird als Erfolg des Referendums gezählt.

	VI	Proposition 25	Staatsbudget mit einfacher Parlamentsmehrheit	55,1	+
	VI	Proposition 26	Höhere Gebühren und Beiträge nur mit 2/3-Parlamentsmehrheit	52,5	+
	VI/GI	Proposition 27	Abschaffung der Bürgerkommission für Wahlkreisneueinteilung für Staatenparlament	40,5	-
	GI	Proposition 17	Neuregelung der Prämien von Autoversicherungen	48,1	-
	GI	Proposition 19	Legalisierung von Marihuana	46,5	-
	GI	Proposition 21	18 Dollar Autosteuer für Staatsparks	42,7	-
	GI	Proposition 23	Suspendierung staatlicher Klimaschutzzvorschriften	38,4	-
	GI	Proposition 24	Aufhebung von Steuererleichterungen für Unternehmen	41,9	-
Maine					
	R	Question 1 (8. Juni)	Gegen Einkommensteuerreform, gegen Erweiterung der Umsatzsteuer	60,8	+
	GI	Question 1	Zulassung von Kasino in Oxford County	50,4	+
Massachusetts					
	GI	Question 1	Keine Verkaufsteuern auf alkoholische Getränke	51,9	+
	GI	Question 2	Keine erleichterten Baugenehmigungen für sozialen Wohnungsbau	41,8	-
	GI	Question 3	Senkung der Verkaufsteuer	43,2	-
Missouri					
	VI	Constitutional Amendment 3	Verbot der Grunderwerbsteuer	83,7	+
	GI	Proposition A	Verbot/obligatorisches Referendum für kommunale Einkommensteuer	68,4	+
	GI	Proposition B	Mindeststandards für Hundezüchter	51,6	+
Montana					
	VI	CI-105	Verbot der Grunderwerbsteuer	72,6	+
	GI	I-161	Erhöhung bestimmter Jagdgebühren für nicht ansässige Bürger	53,8	+
	GI	I-164	Reduzierung des maximalen Zinssatzes auf Verbraucherdarlehen	71,8	+
North Dakota					
	GI	Initiated Statutory Measure 2	Jagdverbot für bestimmtes Wild	43,4	-

Oklahoma						
	VI	State Question 744	Erhöhung der Staatsausgaben für Bildung	18,6	–	
Oregon						
	VI/GI	Measure 76	Finanzierung von Parks und Umweltschutzprojekten durch Lotterie	69,2	+	
	GI	Measure 73	Strafverschärfung für Sexualstraf- taten	56,9	+	
	GI	Measure 74	Verteilungssystem für Marihuana für medizinische Nutzung	44,2	–	
	GI	Measure 75	Zulassung von Kasino in Multnomah County	31,8	–	
	R	Measure 66	Gegen Einkommensteuererhö- hung	45,7	–	
	R	Measure 67	Gegen Erhöhung der Mindest- steuer für Körperschaften	46,4	–	
South Dakota						
	GI	Initiated Measure 13	Erlaubnis medizinischer Mari- huananutzung	36,7	–	
	R	Referred Law 12	Gegen Erweiterung von Rauch- verbot	35,6	–	
Washington						
	GI	Initiative 1053	Wiedereinführung von 2/3-Mehr- heit für Steuererhöhungen durch Parlament	63,8	+	
	GI	Initiative 1082	Privatisierung der Arbeitnehmer- unfallversicherung	40,9	–	
	GI	Initiative 1098	Einkommensteuer für Reiche	35,9	–	
	GI	Initiative 1100	Abschaffung staatlicher Alko- holläden; Zulassung privater Al- koholläden	46,6	–	
	GI	Initiative 1105	Abschaffung staatlicher Alko- holläden; Zulassung privater Al- koholläden	35,0	–	
	GI	Initiative 1107	Abschaffung der Verkaufsteuern auf Süßigkeiten und Limonaden	60,4	+	

Quellen: National Conference of State Legislatures (NCSL), State Ballot Measures Database, <http://www.ncsl.org/default.aspx?tabid=16580> (4.11.2012); Initiative and Referendum Institute (IRI), Ballotwatch No. 2 v. November 2010/6.11.2010 [http://www.iandrinstitute.org/BW%202010-2%20Election%20Results%20\(11-6\).pdf](http://www.iandrinstitute.org/BW%202010-2%20Election%20Results%20(11-6).pdf) (4.11.2012); eigene Recherchen und Zusammenstellung.

Tabelle 4: Abgestimmte Gesetzesinitiativen (GI), Verfassungsinitiativen (VI) und fakultative Referenden (R)¹⁰ in den US-Gliedstaaten im Jahr 2011

Staat	Art der Vorlage	Bezeichnung	Thema	Ja in %	Erfolg
Colorado					
	GI	Proposition 103	Befristete Steuererhöhung für Bildung	36,8	–
Maine					
	GI	Question 2	Zulassung von Glücksspielautomaten	45,1	–
	GI	Question 3	Zulassung von Kasino in Lewiston	36,6	–
	R	Question 1	Gegen Verschärfung der Wählerregistrierung	60,4	+
Mississippi					
	VI	Initiative 26	Status als Person ab Befruchtung	42,1	–
	VI	Initiative 27	Ausweispapiere bei Wahlen	62,1	+
	VI	Initiative 31	Enteignung	73,1	+
Ohio					
	VI	Issue 3	Verbot obligatorischer Krankenversicherung	65,6	+
	R	Issue 2	Gegen Einschränkung von Gewerkschaftsrechten	61,3	+
Washington					
	GI	Initiative 1125	Staatsausgaben für Verkehr	46,8	–
	GI	Initiative 1163	Standards für Pflegepersonen	65,0	+
	GI	Initiative 1183	Abschaffung staatlicher Alkoholläden; Zulassung privater Alkoholläden	58,7	+

Quellen: National Conference of State Legislatures (NCSL), State Ballot Measures Database, <http://www.ncsl.org/default.aspx?tabid=16580> (4.11.2012); Initiative and Referendum Institute (IRI), Ballotwatch No. 2 v. Dezember 2011, <http://www.iandrinstitute.org/BW%202011-2%20Election%20Results.pdf> (4.11.2012); eigene Recherchen und Zusammenstellung.

10 Eine Mehrheit gegen das Parlamentsgesetz wird als Erfolg des Referendums gezählt.

Tabelle 5: Schätzung des Einflusses finanziellen Übergewichts in Abstimmungskämpfen in den US-Gliedstaaten in den Jahren 2010 und 2011 (Volksgesetzgebung)

	Anzahl	Anteil	Erfolg im Volksentscheid			
			gewonnen		verloren	
			Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Insgesamt	62		28	45,2%	34	54,8%
Finanzkraft						
Ausgeglichen ¹¹	21	33,9%	10	47,6%	11	52,4%
Befürworter-übergewicht ¹²	24	38,7%	14	58,3%	10	41,4%
Gegnerübergewicht ¹³	17	27,4%	4	23,5%	13	76,5%
Effektiv beeinflusst	7	11,3%	3 ¹⁴	4,8%	4 ¹⁵	6,5%

Quelle: National Institute on Money in State Politics, http://www.followthemoney.org/database/state_overview.phtml (4.2.2013); eigene Zusammenstellung und Berechnung.

11 Keine Seite wendet das Doppelte oder mehr der Gegenseite auf.

12 Mindestens das Doppelte der Gegnerseite.

13 Mindestens das Doppelte der Befürworterseite.

14 Anzahl der Initiativen, die ohne Übergewicht auf Befürworterseite zusätzlich verloren hätten.

15 Anzahl der Initiativen, die ohne Übergewicht der Gegnerseite zusätzlich gewonnen hätten.